

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Freitag, 10. Dezember 1926.

Nr. 288.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Rücksendung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Staatsbürgerliche Erziehung.

Vor einigen Jahren ist in der Tschechoslowakei etwas Unerhörtes geschehen. Man hat ein Gesetz gemacht, das einem einzigen Menschen Nutzen bringen sollte. Daß die Rechtsprechung zugunsten einzelner gehandhabt wird, daß die Gesetzgebung parteiisch ist, weil sie eine Gesetzgebung der herrschenden Klasse sein muß, das sind gewohnte Dinge, über die man sich zwar immer von neuem empören wird, die aber gerade dem Sozialisten im bürgerlichen Staate nichts Absonderliches scheinen. Neu, im wahrsten Sinne des Wortes unerhört aber ist die Tatsache, daß zwei gesetzgebende Körperschaften, das Ausschüsse und Kammer, das an 500 Menschen, denen Wohl und Wehe der Allgemeinheit anvertraut ist, damit beschäftigt werden, ein Gesetz, also eine allverbindliche Rechtsnorm zu schaffen, damit eine Erbchaftssteuer zugunsten eines bestimmten Menschen erledigt werde, für den nicht einmal der natürliche Rechtsinn des Volkes, sondern lediglich die nationale Voreingenommenheit weiter Kreise des herrschenden Volkes sprechen. Der Tatbestand ist bekannt und braucht nur ganz kurz skizziert werden.

Der Prinz Philipp von Coburg hinterließ ein märchenhaft großes Vermögen, das zum großen Teil aus Gütern besteht, die auf tschechoslowakischem Boden liegen. Der Wert dieses Vermögens wird von manchen Leuten mit drei vierzig Millionen Kronen beziffert. Ein ungeheurer Grundbesitz, Wälder, Acker, Weiden, Höfe und Betriebsmittel wurde von dem Coburger seinen Erben hinterlassen. Zwei coburgische Prinzen kamen als Erben in Betracht, der in Deutschland lebende Prinz Josias von Coburg und der Bruder des bulgarischen Zaren, der Prinz Christ von Coburg. Nach den Gesetzen, die die Erbfolge in den Fürstentümern regeln, hätte die tschechoslowakische Gütermasse der Coburger dem Josias zu fallen sollen. Nach den Geständnissen der tschechischen bürgerlichen Presse, vor allem der „Narodni listy“, begannen den leitenden Staatsmännern nationale Bedenken gegen Josias von Coburg aufzustehen. Wir wollen einmal annehmen, es seien nur nationale Motive gewesen, die dem Prinzen Christ die Freundschaft der tschechischen Staatsmänner verschafften. Was taten die aber, um ihre nationalen Interessen wahrzunehmen? Sie beschloßen nicht etwa, dem tschechischen Volke die Güter der Coburger durch ein Konfiskationsgesetz zu verschaffen, sie traten aber auch nicht offen für einen Erben ein. Sie fabrizierten ein Gesetz, das eigens dazu hergerichtet wurde, den Josias auszuschalten und den Christ in den Besitz der Güter zu setzen.

All das wäre nun vielleicht auf immerwährende Zeiten ein Geheimnis geblieben, den Untertanen hätte man nicht verraten, wozu die „Lex Christ“ gemacht wurde, wenn nicht der bulgarische Prinz selbst auf den Fall aufmerksam gemacht hätte, indem er gegen seinen Anwalt ein Strafverfahren anstregte. Es soll hier nicht untersucht werden, ob der Dr. Eisler den Christ hineingelegt hat oder ob der Christ den Eisler ausbeuten wollte. Für die Lex Christ und ihre große politische Bedeutung bleibt das auch ganz gleichgültig. Viel wichtiger, im Interesse des Staates und der Bevölkerung allein wichtig, ist die Art, wie man in dem Fall der Lex Christ ein Gesetz gemacht hat, wie man den gesamten Staatsapparat in den Dienst einer bestimmten Person stellte. Nur in einem halbabsolutistischen Staate könnte diese Art Gesetzgebung selbstverständlich erscheinen. Wenn Franz Ferdinand die Staatsgewalt für seine Jagdinteressen mißbrauchte, wenn Franz Josef die Verstaatlichung der Ferdinands-Nordbahn verhinderte, weil er selbst Aktien dieser Bahn besaß, so war man mit der Erklärung bei der Hand, die Monarchie sei eben eine Staatsform, in der das Staatsoberhaupt den Staat als Privatvermögen behandle. Die demokratische Republik zeigt aber ganz ähn-

Der Verrat der Deutschbürgerlichen.

Landbändler, Christlich-soziale und Gewerdeparteiler für den Militarismus, gegen die Kriegsinvaliden, für die rantophile Außenpolitik, gegen die parlamentarische Unternehmung der Coburg-Affäre.

Prag, 9. Dezember. Daß bürgerliche Parteien ihre früheren Forderungen verleugnen, ist in der Geschichte deutschbürgerlicher Parlamentaristik nichts Neues und Ungewöhnliches. Daß aber Parteien ihre Grundsätze so fluchtartig verlassen wie die deutschen Aktivistin, so begeistert für die Einrichtungen sich einsetzen, die sie früher mit Feuer und Schwert anstrotzen wollten, ist etwas, was mit der Verachtung jedes Menschen bestraft werden muß, der glaubt, daß in der Politik Parteien das halten müssen, wofür sie sich ihren Wählern gegenüber verpflichtet haben. Was haben die Herren Aktivistin doch über die militärischen Leistungen gezeigert, was haben sie alles über die frauosenfreundliche Politik des Außenministers gemurmelt. Der Herr Dr. Reisinger ist in der ganzen West herumgefahren, um der Propaganda des Außenministeriums entgegenzutreten. Heute haben sie jedoch das Sekretär des Vertreters des Außenministeriums ohne das geringste Bedenken zur Kenntnis genommen und die Anträge der deutschen Sozialdemokraten rücksichtslos niedergedrückt. Im Budgetausschuß haben sie für den alljährlichen Rüstungsfond von 315 Millionen und die Stabilisierung des Militärbudgets mit einem Betrage von 1400 Millionen Kä gestimmt. Damit werden die Militärausgaben für nicht weniger als 11 Jahre mit über 1700 Millionen Ks festgesetzt. Es genügt den Deutschbürgerlichen gar nicht, dem Militarismus diese Millionen für ein Jahr zu opfern, sondern sie sorgen gleich dafür, den Hunger der militärischen Kreise für mehr als ein Jahrzehnt zu stillen. Ebenso beteiligen sich die Herren Aktivistin an der Vertuschung der Coburg-Affäre. Im Justizbauausschuß stimmten sie gegen den Antrag der tschechischen Sozialdemokraten auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung in dem Rattenkönig von Affären, welche die Coburg-Affäre betreffen.

Im Menum des Janes selbst kam die Coburg-Affäre in der Form zur Sprache, daß das Haus sich mit dem Antrag des Immunitätsausschusses betreffend die Erteilung der Rüge an den Abg. Kreibitz befaßte. Minister Hodza erinnerte an die Rüge, die um den heißen Brei herumläuft. Er hütete sich, auf den Kern der Sache einzugehen. Trotzdem sich der Minister mit großem Pathos wider alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen wandte, fiel es den Recheitsparteien nicht im geringsten ein, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der allein eine unparteiische Untersuchung der Angelegenheit gewährleisten könnte.

Schließlich befaßte sich auch das Haus mit dem Begehren des Finanzministers, den Genossen Pohl und Badenberger eine Rüge zu erteilen, weil diese den Gesinnungswandel des ehemaligen Sozialpolitikers, der sich mit großer Schnelligkeit zum wissenschaftlichen Wortführer der Reaktion gemauert hat, entsprechend charakterisiert hätten. Genosse Pohl zeigte in wirkungsvoller Rede die geistige Entwicklung des Finanzministers auf, der seinerzeit die Sozialisierung der Kohlengruben gefordert hat, jetzt aber der Anwalt der vereinigten deutsch-tschechischen ländlichen und städtischen Bourgeoisie geworden ist, und Genosse Badenberger wies treffend nach, daß das Bürgerturn der Nationalökonomie Englands brauche, damit er die wissenschaftlichen Argumente für die bestehende reaktionäre Regierung liefern. Der Herr Finanzminister fand es gar nicht der Mühe wert zu antworten und die Argumentation unserer beiden Genossen zu entkräften. Am allerwichtigsten ist die von einer willigen Regierungsmehrheit angebotene Rüge im Sinne, das Bild, das die gesamte arbeitende Bevölkerung vom gegenwärtigen Finanzminister hat, auch nur im geringsten zu korrigieren.

Die Deutschbürgerlichen haben sich in wenigen Monaten von den einseitigsten Befürwortern des tschechoslowakischen Militarismus zu glühenden Verehrern des Militarismus und der Außenpolitik, die sie acht Jahre lang bekämpft haben, entwickelt. So rasch ihr Gesinnungswandel sich vollzogen hat, so vernichtend wird dereinst das Urteil der breiten Massen des deutschen Volkes über sie sein.

Die Deutschbürgerlichen haben sich in wenigen Monaten von den einseitigsten Befürwortern des tschechoslowakischen Militarismus zu glühenden Verehrern des Militarismus und der Außenpolitik, die sie acht Jahre lang bekämpft haben, entwickelt. So rasch ihr Gesinnungswandel sich vollzogen hat, so vernichtend wird dereinst das Urteil der breiten Massen des deutschen Volkes über sie sein.

Was soll das Volk denken? Die kleinen Diebe werden gehangen; wenn ein Arbeiter ein Brot stiehlt, greift die strafende Gerechtigkeit nach ihm, aber die Gesetzgeber dürfen ungestraft, ohne auch nur dafür zur Verantwortung gezogen zu werden, aus der Gesetzgebung eine Privatangelegenheit zu machen! Die Staatsmoral der Bevölkerung wird nicht gebessert werden, wenn sie an solchen Beispielen geschult wird. Seit Wochen gehen die verantwortlichen Leute umher, als wäre nichts geschehen. In Letterreich lagen Untersuchungsausschüsse, die jeder fehlenden Krone in den Kassen des Staates nachsehen. Bei uns erhält der Angreifer eine Rüge. Das Gewissen der Machthaber scheint ruhig zu sein wie nur je. Gegen die Ehre des Staates und seiner gesetzgebenden Körperschaften, gegen führende Persönlichkeiten werden schwere Anklagen erhoben, man übergeht den Fall mit Schweigen.

Kein Korruptionsskandal der letzten Jahre wiegt so schwer wie die Coburg-Affäre; an ihr wird sich erweisen, ob die Lenker des Staates befragt und befähigt sind, sich „staatsverhaltend“ zu nennen, ob sie das Ansehen des Staates nicht nur gegen hungernde Proleten, sondern auch gegen die schändliche Korruption, die denkbar wäre, gegen die Käuflichkeit der Gesetzgebung zu schützen bereit sind.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses begann um halb 2 Uhr nachmittags. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß Abg. Laude (tschech. Nat. Soz.) in einer Zuschrift an das Präsidium die Niederlegung seines Mandates angezweifelt habe.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Verhandlung des Gesetzes, wodurch neuerliche Unternehmungen, die volkswirtschaftlich von Bedeutung sind, Steuererleichterungen gewährt werden. Der Referent Abg. Barel erklärt, daß sich das Gesetz nur auf jene Industrien erstrecken soll, deren Gründung eine Notwendigkeit ist. So dann spricht

Abgeordneter Genosse Schweichhart,

der u. a. ausführte:
Die Steuererleichterungen für neu eingeführte Produktionszweige — darum handelt es sich in dieser Vorlage — werden deshalb separat beschleunigt von der Mehrheit beschlossen, um einem bestimmten Unternehmen, der

Mährisch-Ostauer Stickstoffabrik große Vorteile

schon früher zuschanden zu können. Die Vorlage hat also ausgesprochen protektionistischen Charakter. Ueberhaupt ist es ein Gesetz, das der Protektionwirtschaft weitesten Spielraum gewährt. Denn im § 1 des Gesetzes wird die Gewährung von Steuererleichterungen ausschließlich dem Ermessen und Wohlwollen der Bürokratie überlassen. Man komme uns nicht mit der Behauptung, es handle sich im vorliegenden Falle um eine volkswirtschaftlich sehr bedeutende Angelegenheit. In Wirklichkeit dreht es sich ganz klar um eine rein kapitalistische Gründung, an der neben dem Unternehmen selbst in erster Reihe der Moloß Militarismus interessiert ist. Mit Rücksicht auf den höchst einseitigen Charakter der Vorlage haben wir den Antrag auf Zurückweisung an den Budgetausschuß gestellt, wo er im Verein mit der großen Steuervorlage verhandelt werden soll. Vom prinzipiellen Standpunkt, möchte ich den Herrn Finanzminister Dr. Englis gegenüber bemerken, daß ein bekannter Steuerfachmann mit vollem Recht erklärt hat, die Steuerbefreiung sei die roheste und primitivste Form der staatlichen Produktionsförderung. Dieses Mittel möge wohl für halbkalibrierte Agrarstaaten anwendbar sein, rasse jedoch absolut nicht auf ein industriell so hoch entwickeltes Land wie die Tschechoslowakei. Es handelt sich bei diesem Gesetz um die Fortsetzung jener, für die gesamte Volkswirtschaft des Staates verhängnisvolle Politik, auf Kosten der Allgemeinheit bestimmten kapitalistischen Gruppen große finanzielle Vorteile zu sichern. Wir sind selbstverständlich gerne bereit, günstige Vorbedingungen für die Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft schaffen zu helfen, es darf aber nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes geben.

Das Bündnis der Industriellen und Agrarier

In der Steuerfrage ist allen sichtbar in dieser Vorlage, die wir eben verhandeln, wo in dem von der Regierung vorgelegten Steuerentwurf das Streben vorwaltet, bei gleichzeitiger Entlastung der besitzenden Klassen die beschlagnahmten Klassen und Minderbemittelten noch weiter zu belasten. Solange kein Abbau der indirekten Steuern erfolgt, die das Dreifache der direkten ausmachen, und von den wirtschaftlich Schwächsten viel härter empfunden werden als von den Reichen, kann von einer wirklichen Steuerreform nicht die Rede sein. Und solange der Staat pro Kopf und Jahr über 700 K Steuern einnimmt, während die autonomen Ländern in den historischen Ländern nur 177 K beitragen, hat die Regierung nicht das geringste moralische Recht, anderen das Sparen anzupfehlen. Sie mag nur bei sich selbst mit dem Sparen anfangen, etwa beim Militarismus, bei der Kongrua, bei der Propaganda im In- und Auslande und bei hundert anderen Anlässen.

Auf jeden Fall steht unumstößlich fest, daß die breiten Massen, welche die indirekten Steuern von vornherein im Preise der Waren bezahlen müssen und denen vom Lohn die Steuern abgezogen werden, bisher die Wurzen gewesen sind. Den Kapitalisten dagegen wird auch in Zukunft die Steuer gestundet werden. Die Agrarier betreiben das Geschäft des Steuerabschreibens nicht minder eifrig. Ebensonenig wie wir den Agrariern Liebesgaben in Form von Zinsen bewilligen, ebensonenig können wir offenbunden Liebesgaben für die Industriellen zu. Wir können deshalb diese Vorlage ab-

Nach Gen. Schweichhart sprach noch der tschechische Sozialdemokrat Abg. Konekta, der erklärt, daß seine Partei kein Vertrauen zu dem heutigen Regime habe, weshalb sie die in der Sitzung stehende Gesetzesvorlage ablehne. Da der

Redner auch die Coburg-Affäre in seine Betrachtungen einbezieht, wird er vom Vorsitzenden Mahypetr mehrmals unterbrochen. Schließlich ruft ihn dieser zur Ordnung, weil Kondella behauptet hätte, die Abgeordneten seien im Budgetausschuss durch Anführung unrichtiger Ziffern leitend der Minister Irregulär worden.

Die Vorlage wird dann nach Ablehnung eines Antrages des Gen. Raub auf Rückverweisung der Vorlage an den Budgetausschuss angenommen.

Darauf werden in zweiter Lesung genehmigt: der Handelsvertrag mit der Türkei, die Vorlage über die Volkszählung, das Gesetz womit die Erzeugung von Zementwaren als ein gewerblicher Beruf erklärt wird und der Entwurf über die Aenderung des Berggesetzes für die Slowakei und Karpathenland.

Nun schreitet das Haus zur Behandlung des Verlangens des Ministers Dr. Hodža und des Abg. Hlinka, es möge dem Abg. Kreibich eine Rüge erteilt werden und zwar deswegen, weil Abg. Kreibich in einer Sitzung des Hauses behauptet habe, Dr. Hodža hätte den verhafteten Advokaten des Ciryl Coburg, Dr. Eisler, veranlassen wollen, der Hinflapariet zwei Millionen Ks auszusagen, um diese für seine Aktion zu gewinnen, ferner daß Hodža dem Eisler im Interesse seines Mandanten entgegengekommen wäre und daß er sich der Frau von Einem als Vermittlerin bedient habe. Nach dem Berichterstatter, der dem Hause empfiehlt, dem Abg. Kreibich die Rüge zu erteilen, spricht Minister Dr. Hodža, häufig durch Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen. In die Gesetzesberatung der sog. lex Ciryl, so führte der Minister aus, habe er nicht eingegriffen. Als seinerzeitiger Landwirtschaftsminister habe er amtlich mit den Anwälten der Coburgs zu tun gehabt. Er habe deren Wünsche nach Ausschaltung der Coburgischen Wälder aus der Bodentreform nicht Rechnung getragen. Eine Vermittlung zwischen dem Redner und der Volkspartei durch Dr. Eisler habe nicht stattgefunden.

Frau von Einem
habe der Minister empfangen. Sie war stets bewacht und wurde von zwei Detektivs ständig beobachtet.

Jedenfalls Beziehungen zur Diplomatie habe ihm diese Frau nicht vermittelt. Er habe übrigens keinen der beiden Coburgs irgendwie bevorzugt. Zum Schluß erklärte der Minister, er lasse sich nicht schrecken.

Abg. Hlinka, der sodann die Rednertribüne bestieg, verliest eine Erklärung der Abgeordneten der slowakischen Volkspartei in der Kreibichs Behauptung von den zwei Millionen, welche die Volkspartei bekommen haben soll, als Unwahrheit erklärt wird.
Abg. Kreibich sagt, daß § 51 der Geschäftsordnung sich sinngemäß nur auf Beleidigungen, Beschimpfungen und Insultierungen beziehen kann und daß es daher unsinnig sei, zu versuchen, auf diesem Wege Angriffe und Beschuldigungen politischer Natur auszutragen. In der hochpolitischen Korruptionsaffäre, in die nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Parteien und die Regierung selbst verwickelt sind und deren Schattens auch auf dieses Haus fallen können gerichtliche Ehrenbeleidigungen und Betrugsprozesse eine endgültige Erledigung dieser Angelegenheit bringen. Die heutige Erklärung des Ministers Dr. Hodža ist ein klassisches Beispiel von der Rede eines Angelegten, um zu verhüllen, daß er recht wenig zu sagen hat. Dr. Hodža hat auch nicht den Versuch gemacht, uns zu erzählen, was sich ereignet hat an Interventionen in der Zeit zwischen der Annahme der lex Ciryl und dem Zeitpunkt, wo sich herausgestellt hat, daß die lex Ciryl eine verfehlte Sache gewesen ist. Ueber diesen Zeitpunkt fehlt uns jedwede Angabe in der Erklärung des Dr. Hodža. Minister Dr. Hodža hat sich darauf beschränkt, daß er es nicht notwendig gehabt hätte, einen Vermittler zwischen sich und der slowakischen Volkspartei zu verwenden. Es gibt aber Dinge, über die man selbst mit seinen besten Bekannten nicht gern persönlich verhandeln möchte. Minister Dr. Hodža hat auch bemerkt, daß er selbst veranlaßt habe, daß die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben werde. Das ist nichts anderes, als eine

Verhöhnung des Verlangens nach Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Wer die richterliche Unabhängigkeit richtig zu würdigen weiß, der wird wissen, daß der Staatsanwalt vollständig abhängig ist von der Regierung, daß er nicht das Organ ist, das im Stande wäre, diese Affäre zu untersuchen. Es handelt sich um eine rein politische Angelegenheit, welche auch durch eine Rüge nicht aus der Welt geschaffen wird.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wird zunächst über den Antrag des tschechischen Sozialdemokraten Kondella abgestimmt, der eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit verlangt. Dieser Antrag wird mit 131 zu 100 Stimmen abgelehnt und hierauf der Antrag auf Erteilung einer Rüge an den Abg. Kreibich angenommen. Die deutschen Kritiker stimmten ebenso gegen die Untersuchung wie für die Rüge.

Hierauf wird der Antrag des Immunitätsausschusses auf Erteilung einer Rüge an die Gen. Pohl und Hadenberg in Verhandlung gezogen und zwar deswegen, weil Pohl in der Budgetdebatte den Finanzminister Dr. Engliš einen „gekauften Wissenschaftler“ genannt hat, worauf Gen. Hadenberg den Zwischenruf gemacht hat, er sei derselben Ansicht und daß sich Engliš von der Regierung mißbrauchen lasse. Der Finanzminister hat darauf verzichtet, zu dieser Angelegenheit zu sprechen.

Abg. Genosse Pohl

führt aus: Es wird verlangt, daß Sie mit und meinem Klubkollegen Hadenberg eine Rüge erteilen sollen, in einer Form, daß dabei

die Geschäftsordnung verletzt

wurde. Namens unseres Klubs lege ich gegen die Verletzung der Geschäftsordnung die sich der Immunitätsausschuss zuschreiben kommen ließ, Protest ein und wir werden aus diesem Grunde die Rückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuss beantragen. Ich konstatiere, daß, als der Immunitätsausschuss über das Verlangen des Herrn Finanzministers entschieden hat, die 48-stündige Frist abgelaufen war, daß sie den von unseren Vertretern in diesem Ausschuss vorgebrachten Bedenken nicht Rechnung getragen hat und daher die Absicht besteht, die Rüge zu erteilen, auch wenn dabei die Geschäftsordnung verletzt und zerbrosen werden muß. Ich wundere mich, daß aus dem Zwischenruf, den ich hier gemacht habe, der rein politische Natur war, der § 51 der Geschäftsordnung in Anwendung gebracht wird. Ich werde den Zwischenruf nicht zurücknehmen. Doch muß ich feststellen, daß ich mit dem Worte „gekauft“ nicht zum Ausdruck bringen wollte und konnte, der Finanzminister Engliš sei als Wissenschaftler direkt gekauft, was gleichbedeutend wäre mit persönlicher Beistellung oder Bereicherung. Eine solche Absicht habe ich nicht beabsichtigt. Ich wollte mit meinem Zwischenruf meiner scharfen Kritik Ausdruck geben, über die

Entwicklung, die der ehemalige fortschrittliche und sozialistische Finanzwissenschaftler und Nationalökonom Professor Dr. Engliš in den letzten Jahren genommen hat.

Ich kann mich erinnern, im Jahre 1921, als so viel von Sozialisierung die Rede war und als Universitätsprofessoren über Sozialisierung gehört wurden, war Herr Professor Engliš unter den deutschen und tschechischen Wissenschaftlern in der Tschechoslowakischen Republik der einzige, der sich für eine gewisse Sozialisierung der Gruben im Staatsausgange hat und in seiner von ihm gezeichneten Artikelserie am 4. und 11. September im Jahre 1921 gibt er das unumwunden zu und erklärt z. B., daß das unbeschränkte Privatunternehmertum beseitigt werden müsse. Er erklärte damals weiter in dieser Artikelserie die Reingewinne der Grubenbesitzer müssen auf zweifache Art verwendet werden. Ein Teil muß den Bergarbeitern und den Angestellten für soziale Zwecke zuzuführen, der andere Teil muß durch Enteignung in der Form der progressiven Besteuerung der Bergrente, die bis zur Enteignung kommt, verteilt werden. Das war der Herr Finanzminister aus dem Jahre 1921. Um so mehr mußte es überraschen, daß in nicht allzu langer Zeit nach diesem öffentlichen Standpunkt Herr Professor Engliš in den Verwaltungsrat der Berg- und Hüttenindustrie, also der größten Kohlenbergwerksgesellschaft der Tschechoslowakischen Republik gewählt wurde und zur allgemeinen Ueberzeugung diese Wahl auch angenommen hat. Wenn von mir das Wort „gekauft“ in irgend-einem Zusammenhang gebraucht werden kann, so höchstens nur damit, daß Herr Professor Engliš durch die Berufung auf die Stelle eines Verwaltungsrates bei den größten und reichsten Kohlenbergwerksgesellschaften des Tschechoslowakischen Republik und die Berufung als Verwaltungsrat auch noch bei anderen Industrieunternehmen der Republik seinen von ihm vertretenen Grundgedanken vertreten ist. Wenn man sich den Umsturz in den Ideen eines gelehrten Menschen innerhalb einer Zeit von dreieinhalb Jahren vor Augen hält, und dabei in Betracht zieht, daß dieser Umsturz eigentlich mit der Berufung zum Verwaltungsrat einer privatkapitalistischen Kohlenunternehmung zusammenhängt, ist wohl genügend Anlaß für scharfen Kritik und zur schärfsten Kritik. Ich will mit meinem Zwischenruf zum Ausdruck bringen wollen, daß der Herr Finanzminister Professor Dr. Engliš hat die Rolle und Aufgabe in dieser reaktionären Regierung, in dieser arbeitserfeindlichen Regierung

die arbeitserfeindlichen Pläne des Risks und der Mehrheit wissenschaftlich zu begründen.

Nach Pohl ergreift sodann das Wort

Abgeordneter Genosse Hadenberg:

Es fällt mir nicht ein, eine Verteidigungsrede zu halten, der Grund, warum ich mich zum Worte gemeldet habe, ist einzig und allein der, aufzuklären, wieso es zu dem Ausschuss gegen den Herrn Finanzminister gekommen ist. Ich habe meiner Ueberraschung und meiner Enttäuschung über den Finanzminister Dr. Engliš als Person Ausdruck gegeben. Ich habe hervorgehoben, was Dr. Engliš früher war und was er heute ist. Ich habe Dr. Engliš an die bessere Vergangenheit, an diese seine bessere Vergangenheit erinnert und der Ueberraschung Ausdruck gegeben, daß ein Mann mit solcher Vergangenheit sich zu einem

Werkzeug der reaktionären Majorität in diesem Staate

hergeben könne. Es ist mir nicht eingefallen, wenn ich dem Zwischenruf des Kollegen Pohl zustimme, zu sagen, daß Dr. Engliš gekauft, bezahlt worden wäre. Ich wollte damit nichts anderes sagen, als daß der Wissenschaftler Engliš, den wir früher auch als sozialdenkenden Menschen zu werten verstanden haben, sich von der Mehrheit mißbrauchen ließ. Wenn Dr. Engliš sagt, er sei nicht der Verfälscher der Mehrheit, wenn Dr. Engliš weiter sagt, es falle ihm nicht ein, gegen seine Ueberzeugung zu handeln, sondern das, was

er hier gesagt habe, und was er geschrieben habe zur Begründung der reaktionären Taten der Mehrheit, sei seine innerliche Ueberzeugung, so bedauert mir den Mann, der diesen Weg gegangen ist.

Die dienstwillige Mehrheit lehnte natürlich den Antrag des Genossen Schäfer, die Angelegenheit an den Immunitätsausschuss zurückzuverweisen, weil die in der Geschäftsordnung vorgesehene 48stündige Frist nicht eingehalten worden ist, ab und beschloß, dem Wunsche des Finanzministers nach Erteilung einer Rüge an der beiden Genossen zu entsprechen. Selbstverständlich teilen auch hier die Kritiker als gehorsame Diener der Regierung mit.

Sodann erstarrte Abg. Dr. Cerny Bericht über das Gesetz betreffend Verlängerung des Gesetzes über die Abgaben für Amtshandlungen. Das alte Gesetz erlischt mit Ende 1928 und soll durch den vorliegenden Entwurf bis Ende 1929 verlängert werden.

Abg. Dr. Krasl berichtet anschließend über den Gesetzesentwurf, womit das Gesetz über die Umsatz- und Zugabesteuer verlängert wird.

Abg. Genosse Hadenberg.

Er sagt, er lege sich gezwungen, gegen die Vorlage zu sprechen mit derselben Begründung, mit welcher die Vorlage im Budgetausschuss bekämpft wurde. Man muß sich vor Augen halten,

Schriftliches Verfahren im außenpolitischen Auschuss.

Die Deutschbürgerlichen für die tschechoslowakische Außenpolitik.

In der heutigen Sitzung des außenpolitischen Ausschusses kam endlich das von unseren Genossen seit langem argierte außenpolitische Exposé auf die Tagesordnung. Es war jedoch nur der bevollmächtigte Minister Sirsa erschienen, weshalb Genosse Dr. Cech unter Hinweis auf die Notwendigkeit, daß die Verhandlung des Exposes im Verleihen eines verantwortlichen Leiters des Außenministeriums abgeführt wird, den Antrag stellte, wegen Verhinderung des Ministers Dr. Benes durch die Senfer Tagung den mit der Führung der Außenpolitik betrauten Ministerpräsidenten Svehla zum Erscheinen im Ausschuss und Teilnahme an den Exposéberatungen aufzufordern. Der Vorsitzende erteilte jedoch vorerst dem Minister Sirsa das Wort zu einem Exposé, auf das wir an anderer Stelle zurückkommen. Entscheidend stellte Sirsa fest, daß das Exposé schon vor einem Monat schriftlich verfaßt wurde und zu den neuesten Ereignissen gar nicht Stellung nimmt. Hierauf läßt der Vorsitzende über den Antrag Dr. Cech abstimmen, der mit den deutschen sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen in der Mehrheit blieb. Genosse Dr. Cech knüpfte an die oben erwähnten Feststellungen über den Zeitpunkt der Verfassung des Berichtes an und stellte fest, daß es nach dem Zugeständnisse des vorliegenden Ministers antiwirkt ist. Redner verweist auf eine ganze Reihe bedeutsamer außenpolitischer Ereignisse der letzten Zeit, die in dem Bericht überhaupt nicht erwähnt werden, so auf die gegenwärtige Senfer Völkervereinigung, auf die deutsch-französischen Verhandlungen über die Aufhebung der Militärkontrolle der Entente über Deutschland, auf den Bericht des Ministers Benes im Völkerverbund über die Abklärung, auf den italienisch-tschechoslowakischen Konflikt und die in diesem Zusammenhang erfolgte Demission des Außenministers Rinec und erklärt, daß eine Aussprache über diese außerst bedeutsamen, in ihren Auswirkungen unabsehbaren außenpolitischen Ereignisse unumgänglich notwendig sei und daß ein Bericht, der über alle diese wichtigen außenpolitischen Geschehnisse hinweggeht, als überholt bezeichnet werden muß. Sodann verweist sich Genosse Dr. Cech gegen den in diesem Falle vom Außenministerium unternommenen Versuch, im Verkehr zwischen dem Parlament und dem verantwortlichen Minister das schriftliche Verfahren einzuführen. Bei der notoriischen Aneignung gewisser Minister gegen die unmittelbare Berührung mit dem Parlament, würde dieser Vorgang ein Präjudiz darstellen, daß für die Methode des Parlamentarismus unabwehrbare Konsequenzen haben könnte. Dieser Versuch muß schon in den Anfängen unterbunden werden. Schließlich verweist Genosse Dr. Cech neuerlich auf die Unmöglichkeit, eine Exposédebatte in Abwesenheit der verantwortlichen Minister anzuführen und stellte den Antrag, die Debatte über das Exposé in Anwesenheit des verantwortlichen Ministers abzuführen und mit der Debatte über den vom Außenministerium über die letzten außenpolitischen Ereignisse zu erhaltenden Bericht zu verbinden. Abg. Kreibich (Kommunist) schließt sich dem Antrag des Genossen Dr. Cech an. Dr. Kramar (Nat.-Dem.) wendet sich in scharfer Weise gegen Dr. Cech. Er hält seinen Einspruch gegen die Verlesung des Exposes durch einen Vertreter des Ministers für unzulässig und bemängelt den von Dr. Cech erhobenen Vorwurf, daß nicht unmittelbar zur Demission Rinec, zum italienisch-tschechoslowakischen Konflikt Stellung genommen wird und meint, daß er sich schon eine Opposition gefallen lasse, aber eine derartige Opposition mit Entschiedenheit zurückweist. Es sei nicht einzusehen, wie der Außenminister jetzt, da der Ausschuss gleichzeitig mit der Senfer Beratung tagt, einen Bericht über die erst in Einmündung befindlichen Dinge erhalten soll. Genosse Dr. Cech stellt demgegenüber fest, daß es eine tschechische Partei gewesen ist, die als erste den Vortrag des Exposes durch Minister Sirsa, wie überhaupt die Erstattung eines Exposes durch den Außenminister

daß das Verfassungsgesetz im § 111 ausdrücklich bestimmt, daß Steuern und öffentliche Abgaben nur auf Grund eines Gesetzes eingehoben werden dürfen. Nach der Bestimmung des § 55 des Verfassungsgesetzes ist die Regierung ermächtigt, Verordnungen zu erlassen nur zur Durchführung von Gesetzen, aber nicht im Verordnungswege Steuern vorzuschreiben. Die Regierung ist nur ermächtigt, für Verwaltungszwecke Gebühren und Abgaben einzuhoben, und hat die Verpflichtung, innerhalb 14 Tagen der gesetzgebenden Körperschaft die Verordnungen, die sie auf Grund des Gesetzes erlassen hat, zur Genehmigung vorzulegen. Wir sind grundsätzlich gegen eine Verlängerung des Gesetzes vom 3. April 1925, und wiewohl wir im Budgetausschusse eine Aenderung des § 9 zu erzielen vermochten, können wir trotzdem für die Vorlage nicht stimmen, weil unsere weitere zum Ausdruck gebrachten Bedenken, nicht Rechnung getragen wurde. (Beifall.)

Sodann übernahm die Abg. Kretschy (tschech. Nat.-Soz.) Dr. Schölich (deutschl.), Chalupa (tschech. Soz.-Dem.), Kiska (Komm.), Aurost (Korb.-Nutz.), Dr. Samel (Nat.-Dem.), worauf die Debatte abgebrochen wird.

Der Antrag des Gen. Dr. Cech auf Vorladung des Ministers des Innern, er möge Aufklärung über die Auflösung der Verfassung der Gen. Balabanoff in Prag erteilen, wird von der Mehrheit abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr früh.

Benes auf das entschiedenste bekämpft und gegen die Erstattung des Exposes im Ausschuss Einbruch erhoben hat. Es sei jene Partei gewesen, deren Vorsitzender Dr. Kramar ist. Im übrigen verweist Dr. Cech darauf, daß der außenpolitische Ausschuss monatelang nicht einberufen wurde und daß es ganz in der Hand des Ministeriums gewesen sei, den Bericht vor oder nach der Tagung im Ausschuss zu erstatten, wobei Genosse Cech darauf verweist, daß gerade der erstere Vorgang der richtige gewesen wäre. Vom Standpunkte der parlamentarischen Kontrolle der Außenpolitik wäre es Pflicht des Außenministers gewesen, die Stellungnahme der gewählten Volksvertreter einzuholen und nicht als Entscheidungen diktatorisch zu treffen und das Parlament vor vollzogenen Tatsachen zu stellen. Den tschechoslowakischen-italienischen Konflikt und damit im Zusammenhang die Demission Rinec zu erörtern, ist nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht des Parlamentes, zumal sich aus diesem Konflikt Komplikationen ergeben können, die sich auch im Verhältnis zur Tschechoslowakei auswirken und Ursachen von unabwehrbaren Folgen schaffen können. Dasselbe gilt auch im Hinblick auf die Treibereien Polens gegenüber der Forderung Deutschlands nach Aufhebung der Kontrolle, in welcher Frage wir die Tschechoslowakei vor jeder unüberlegten Stellungnahme gegenüber Deutschland und von der Schaffung eines neuen Konfliktes bewahrt wissen wollen. Das Vorgehen der Regierung, das hier durch die Stimmen der Wehrheitsparteien gedeckt wird, steht mit den Grundgedanken des Parlamentarismus und der Demokratie in krassem Widerspruch und muß auf das härteste mißbilligt werden. Wegen des legeren Vorwurfs wird Genosse Cech vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Kramar erklärt, er müsse Dr. Cech recht geben, wenn er die von ihm angeführte Tatsache als außerordentlich bedeutsam bezeichnet. Gerade dieses Moment muß uns dazu bestimmen, heute schon über die Dinge zu sprechen und dem Vertreter des Außenministeriums Gelegenheit zu geben, von den zur Verhandlung gelangten Tatsachen dem Minister telegraphisch Nachricht zu geben, damit er diese Momente entsprechend berücksichtigen könne.

Der Antrag Dr. Cech auf Vertagung der Debatte wird abgelehnt, der Antrag auf Verbindung der Aussprache mit der Debatte über das neuerlich zu erstattende Exposé Benes, wird vom Vorsitzenden als unzulässig (h) nicht zur Abstimmung gebracht. Ebenso wird ein Antrag des Slowaken D德里o abgelehnt, die Debatte in einer auf nächsten Dienstag einuberunden Sitzung abzuführen.

Da sich trotz wiederholter Anfragen des Vorsitzenden niemand mehr zu Wort meldet, sprang dann nach einer kleinen Pause Dr. Kramar zum drittenmal als Redner ein und richtete an den Vertreter des Ministers das Ersuchen, die Umstände anzuführen, die zur Aufkündigung des Handelsvertrages mit Oesterreich geführt haben und in diesem Zusammenhang auch mitzuteilen, wieso es in Verbindung damit zu gewissen Judisaktionen des außenpolitischen Propagandendienstes kommen konnte, welcher vorzeitig die Meldungen über die Kündigung in die Welt gesetzt hat. Im Anschluß daran, befrucht Kramar noch einige außenpolitische Fragen, worauf Sirsa die Anfragen beantwortet und da sich niemand mehr zum Wort meldet, die Debatte geschlossen wird. Eine Abstimmung über das Exposé fand nicht statt.

Das Exposé Sirsas gliedert sich in fünf Hauptteile, deren erster den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und dessen Folgen, sowie das französisch-deutsche Abkommen mit Bezug auf die Tschechoslowakei behandelt. Der zweite Hauptteil betrifft die Politik der Kleinen Entente und die neue Situation in Europa, der dritte bezieht sich auf die kirchenpolitischen Probleme, der vierte Hauptteil ihre künftigen Aufgaben der Außenpolitik und der fünfte Teil enthielt nichts als Phrasen über die Grundzüge, von denen sich die tschechoslowakische Außenpolitik angeblich leiten lasse. Ueber Deutschland und die Locarnopolitik sagte der bevollmächtigte Minister u. a.: „Für die Tschechoslowakei haben die jüngsten Ereignisse eine außerordentliche Bedeutung. Wir

und der unmittelbare Nachbar Deutschlands und seit dem Krieg Verbündete und Freunde Frankreichs. Das Einberufen zwischen diesen beiden Staaten wird zur friedlichen Entwicklung auch unserer Staaten beitragen. Unsere ganze Außenpolitik nach dem Kriege strebt danach, durch diese Entwicklung nicht überrascht zu werden und so haben wir jede Gelegenheit benützt, um die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern. Dies war umso eher möglich, als es keine Streitpunkte zwischen uns und Deutschland gibt und auch in Zukunft nicht geben muß.

Die parlamentarische Unterjochung der Coburg-Affäre abgelehnt.

„Der größte Standes im tschechoslowakischen Parlament.“

Zu der Sitzung des Initiativsausschusses, der abends nach der Plenarsitzung zusammentrat, wurde der Antrag der tschechischen Sozialdemokraten auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Coburg-Affäre mit 11 Stimmen der Regierungsparteien gegen 8 Stimmen der Opposition abgelehnt. Die Deutschbürgerlichen stimmten mit der Regierungsmehrheit. Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Winter erklärte daranshin, daß diese Abstimmung der größte Skandal sei, den man bisher im tschechoslowakischen Parlament erlebt habe.

Sodann wurde der Antrag der Deutschbürgerlichen, daß sich das Abgeordnetenhaus mit der Änderung der Geschäftsordnung befasse, durchgelesen; der Antrag wird also dem zuständigen Ausschuss zugewiesen werden. Unsere Genossen haben den Antrag auf Einsetzung eines Geschäftsordnungsausschusses gestellt und haben den Antrag auf Einsetzung eines Geschäftsordnungsausschusses gestellt und man kann begreiflich sein, wie sich die deutschen Aktivisten zu diesem Antrag verhalten werden.

Die Deutschbürgerlichen gegen die Invaliden und für den Militarismus.

Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses.

Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses wurde über die Verlängerung des Invalidengesetzes und über den zu schaffenden Rüstungsfonds verhandelt. Zum Invalidengesetz sprach namens unseres Klubs Genosse Dietl, welcher hervorhob, daß die Vertreter der Parlamentarierparteien vor kurzem einer Deputation der Invalidenorganisation zugesichert haben, für die Forderungen der Invaliden einzutreten und jetzt diese sich dazu die Gelegenheit, eine dieser Forderungen zu berücksichtigen. Er stellte den Antrag, daß das Maximaleinkommen für den Bezug der Invalidenrente gleichmäßig für die Selbständigen und Unselbständigen auf einen Betrag von 1200 K erhöht werde. Sowohl dieser Antrag, als auch alle anderen, von kommunistischer und tschechisch-sozialdemokratischer Seite gestellten Änderungsanträge, wurden jedoch von der Mehrheit abgelehnt, natürlich auch von allen deutschbürgerlichen Regierungsparteien.

Zur Vorlage über den Rüstungsfonds sprach Genosse Hadenberg, welcher den grundsätzlich ablehnenden Standpunkt unserer Partei zum Militarismus und den Rüstungen begründete und darauf verwies, wie eigenartig es beruhe, wenn zu gleicher Zeit Dr. Beneš in Genf Zustimmungserklärungen für die Abrüstung abgibt, in der gegebenen Körperhaft dieses Staates neue Rüstungskredite bewilligt werden. Er beantragte sodann Uebergang zur Tagesordnung, welcher Antrag ebenso wie alle Änderungsanträge von der Mehrheit abgelehnt wurden. Es stimmten natürlich auch wieder

sowohl die deutschen Agrarier, als auch Christlichsoziale und Gewerbevertreiter für die 315 Millionen Kronen Rüstungskredit,

welche alljährlich in den nächsten elf Jahren aufgebracht und verwendet werden sollen, wobei auch eine Stabilisierung des sonstigen Militäraufwandes von 1400 Millionen Kronen ebenfalls für die nächsten elf Jahre herbeigeführt wird.

Die Handelsverträge mit Ungarn und Oesterreich.

Handels- und Gewerbeausschuß.

Im Handels- und Gewerbeausschuß des Abgeordnetenhauses gelangten die Verträge mit Ungarn und Oesterreich zur Beratung. Der Referent Radina (Agrarier) erklärte, daß die Agrarier bereit seien Opfer zu bringen. Müßte sich aber in Sätzen darüber, welches diese Opfer sein werden. Die Rednerin unserer Fraktion, Genossin Kirpal, wies mit Recht darauf hin, daß die Erfüllung des Referenten wertlos sei, weil ja der Artikel 5 des Zollgesetzes vom 15. Juli die Herabsetzung der Getreidezölle im Verlagswege unmöglich mache. Genossin Kirpal führte weiters aus, wie schwer die Bevölkerung durch die Zollbefreiung geschädigt sei. Minister Peroutko, der in die Debatte eintritt, verwies darauf, daß es eine Herabsetzung der Zölle für die im Artikel 5 genannten 13 Warenkategorien nicht zu denken sei, womit die Wertlosigkeit der scheinbarlichen Beteuerungen des agrarischen Referenten vollkommen erwiesen war. Genossin Kirpal, die dann nochmals zu Wort kam, führte an einigen Beispielen aus, welchen Umfang die Signation der Tabakzölle gerade durch das Abschließen eines Handelsvertrages mit Ungarn annehmen würde.

Sodann wurde das Antragsprotokoll zum Osterreichischen Handelsvertrag, das gerade jetzt

von Oesterreich gekündigt wurde, in Verhandlung gezogen. Mit Recht konnte daher die Genossin Kirpal daran Kritik üben, daß das Abgeordnetenhaus über einen Vertrag erst zu einer Zeit beschließen solle, da dieser gerade abläuft. Das Vorgehen der tschechoslowakischen Unterhändler

Budgetdebatte im Senat.

Genosse Riekner über die Deutschbürgerlichen. — Scharfe Auseinandersetzungen unserer Genossen mit dem Landbändler Lufsch.

Prag, 9. Dezember. Der Senat ging heute in die Budgetberatung ein, die bis Dienstag beendet werden soll. In der Debatte über die politische Gruppe des Voranschlags zeigte Genosse Riekner in einer rhetorisch wichtig angebauten, klar durchdachten und die Wirkung nicht verkehrenden Rede die Wandlung unserer Deutschbürgerlichen von der maudlinen Oppositoren der vergangenen Jahre bis zur heutigen slavischen Unterwürfigkeit unter den Willen ihrer tschechischen Koalitionsskandale auf. Das Budget, für das heute Landbändler und Agrarier stimmen, ist ein nur noch schlechterer Abklatsch seiner Vorgänger. Von der früher geforderten „Wiederentmachung der nationalen Schäden“ ist aber keine Rede mehr; wenn den Deutschbürgerlichen materielle Vorteile winken, dann heßt ihr ganzer unaufrichtiger Nationalismus zum Teufel.

In einem treffenden Vergleich zum Jahre 1848 unterzog Genosse Riekner sodann die Nachkriegsentwicklung einer eingehenden Untersuchung und wies nach, wie diesmal die tschechischen Arbeiter, ohne die dieser Staat heute nicht bestünde, planmäßig zurückgedrängt wurden und die tschechischbürgerlichen systematisch daran gingen, sich mit ihren deutschen Kollegen gegen die Arbeiterschaft zu verbünden. Nun ist das deutsche Bürgertum, das in der Opposition sich vielfach sozial gebärden konnte, da seine Klasseninteressen ohnedies von den tschechischbürgerlichen mit vertreten wurden, aber zur Demaskierung gezwungen und harte Verhältnisse geschaffen.

Mit leidenschaftlichen Worten wies Genosse Riekner sodann das Schicksal vom „Verlogen des Sozialismus“ insid und sprach den bürgerlichen Parteien überhand jede Fähigkeit zur Lösung der Frage des nationalen Ausgleiches ab; mangelnd werdender Ideale freuten sich die Bürgerlichen gerade durch die Aufspaltung des Nationalismus noch weiter.

Die letzten Sonntagreden der beiden deutschen Minister bildeten einen weiteren Punkt der Ausführungen Riekners; die Deutschbürgerlichen haben nicht, wie sie sich rühmen wollen, die allnationale Koalition zerlegt, die schon morisch und zerfallen war, sie haben aber deren System gerettet und neu gefestigt, ein System, das heute auch die größten Skandal-Affären ruhig läßt.

Ein rhetorisches Meisterstück war der Ausklang der Rede, als Genosse Riekner mit postenden Worten von den unbegreiflichen Idealen des Sozialismus sprach, die von den Gegnern geringschätzig als „sozialistische Utopien“ bezeichnet werden, die aber Millionen Arbeiterherren zum nie ermüdenden Kampf für eine bessere Zukunft zu begeistern verziehen und die den Massen im zermürbenden Ringen um das tägliche Brot erst den sicheren Rückhalt, ja erst den Lebensinhalt geben; sie müssen uns über alle Hindernisse hinweg zum Siege führen. Dann wird der Tag der Abrechnung gekommen sein!

Nach Eröffnung der Sitzung um 10 Uhr vormittags wird zunächst der Kommunist Slavka wegen einer Ehrenbeleidigung angeklagt und in zweiter Lesung der dritte Zusatzvertrag zum Osterreichischen Handelsvertrag angenommen.

Sodann geht das Haus in die Beratung des Staatsvoranschlags für 1927 ein. Die Debatte wird in vier Gruppen, und zwar politische, sozial-kulturelle, Wirtschaft und Verkehr und endlich Finanzen gegliedert.

Nach dem einleitenden, mehr als eineinhalbstündigen Referat des Generalberichterstatters Stodola wird die erste Gruppe in Verhandlung gezogen. Erster Redner ist der tschechische Sozialdemokrat

Subrdman,

der die Schuldfrage am Verfall der alten Koalition erneut aufwirft. Dem Eintritt der Deutschen in die Regierung hätte die Ausharbeitung eines national-politischen Programmes vorausgehen sollen. Da die Deutschbürgerlichen nur aus Standesinteressen in die Regierung gegangen sind, kann man diesen Eintritt keineswegs als Stärkung des Staatsgebildes werten. Redner kritisiert dann den reaktionären Kurs, der sich in planmäßigen Vorstößen gegen unsere sozialpolitische Gesetzgebung zeigt, und warnt namentlich vor radikalen Änderungen an der Struktur der Sozialversicherung.

Rebinger (D. Christlichsoz.) erklärt, wenn seine Partei für das Budget stimme, so sei darin nur die Erwartung auf eine kommende Veränderung der Staatswirtschaft, nicht aber eine Billigung der bisherigen Verwaltung und auch nicht der Einzelheiten des Budgets zu erblicken. Dann bringt er einen ganzen Haufen von Wünschen und Beschwerden vor, mit denen er kaum vor seinen Wählern, noch weniger aber vor dem Forum der koalitierten Parteien Glück haben wird trotz der Drohung, daß seine Partei nicht die Mitverantwortung tragen konnte, wenn man ihr in dieser Hinsicht nicht entgegenkommt.

sel geeignet, den Abschluß von Handelsverträgen zu verschleppen.

Zum Schluß wurde für die Beratung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb ein Subkomitee eingesetzt, in das auch Genossin Kirpal gewählt wurde.

Brunar (D. Nat.) sagt dem Staate den wirtschaftlichen Untergang voraus, wenn er seinen nationalen Charakter nicht aufgibt und sich so in dauernden Gegenatz zu seinen Nachbarn stellt. Der Aktivismus hätte die Kunst des Bartens lernen müssen. So aber sei der Eintritt der Deutschen in die Regierung zu früh erfolgt; es habe sich weder innen- noch außenpolitisch etwas geändert und die deutschen Minister werden nur gebraucht, um die tschechischen Sozialisten gefügig zu machen. Auch in absehbarer Zeit werde der Regierungseintritt dem deutschen Volke keinen Vorteil bringen, weil gerade durch diesen Eintritt die natürliche Entwicklung aufgehoben worden sei. Die Tschechen werden die Deutschen nur so lange in der Regierung ertragen, als sie einen Vorteil davon haben; sobald aber die Deutschen Forderungen unterbreiten werden, wird diese Vermittlung geschehen werden.

Kovalik (Slav.) hält für die größten politischen Fehler die Meinung, daß man ohne die slowakische Volkspartei regieren könne und daß man auf die Slowakei drausfahre. Als er in ganz eindeutiger Weise den Kampf gegen die Sozialversicherung ankündigt, kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Slawoken und den sozialistischen Parteien, so daß der Redner minutenlang unterbrochen muß.

Ludera (Rom.) legt ziemlich unerbittlich ein Bekenntnis zum Staat ab, indem er erklärt, seine Partei sei nicht grundsätzlich staatsfeindlich und wenn sie vor die Entscheidung gestellt würde, würde sie leicht beweisen, daß sie eine staatsverhaltende Partei ist; aber die Regierungsmehrheit müßte dann anders aussehen.

Sodann kommt Genosse Riekner zu Worte, dessen wichtige Anklagerede gegen die bürgerliche Koalition und namentlich gegen die Deutschbürgerlichen wir morgen ausführlich nachtragen werden. Als nach seinen beifällig aufgenommenen Rede der landbändlerische Senator

Lufsch, der noch vor einem Jahr namens des damaligen Deutschen Verbandes eine scharfe oppositionelle Rede gehalten hatte, auf die Rednertribüne geht, hageln von allen Seiten Zwischenrufe unserer Genossen auf ihn ein, so daß er sich zunächst überhaupt kein Gehör verschaffen kann, trotzdem der Vorsitzende Braber die Glocke ununterbrochen in Bewegung setzt. Lufsch knüpft an das Exposé des Ministerpräsidenten recht übertriebene Hoffnungen, wird in seinen Erwartungen aber durch unaufhörliche schlagfertige Zwischenrufe unserer Genossen immer und immer wieder unangenehm gelehrt. Als er konstatiert: „Bisher wurden wir nicht als gleichberechtigt angesehen“, ruft ihm Genosse Stark zu: „Sind Sie es denn heute?“ Lufsch: „... wir sind auf dem Wege, darauf hinzuwirken.“

Genosse Jarolim: Ja, auf dem Holzwege! Reuen bestigen Widerspruch auf Seite unserer Genossen und einiger tschechischer Sozialdemokraten erregt es, als Lufsch Abkehr von den sozialistischen Theorien fordert.

Genosse Jarolim: „Ja, das ist Euer Herzenswunsch; da seid Ihr blind gegen alles andere!“ Namentlich Genosse Polach hält sich leidenschaftlich darüber auf, daß der Führer der Deutschbürgerlichen im Senat derartig über soziale Probleme zu reden wage.

Lufsch: ... so haben sich deutsche und tschechische Landwirte gefunden (Zwischenruf: zur Ausplünderung des Volkes!) und von den Jollen führt eine gerade Linie (Genosse Stark: eine Kette von Verrats!) zu den heutigen Verhältnissen. Als Lufsch hierauf in einer ungeheuren Wendung von den Interessen derer spricht, die nicht das Rätsel schnüren und andoandern können, und deshalb auf eine Veränderung der Verhältnisse hinarbeiten müßten, fassen dies unsere Genossen mit vollem Recht als eine unerhörte Provokation der beschloffenen Massen durch einen typischen Vertreter der auf ihren Besitz pochenden Klassen auf und protestierten in den schärfsten Ausdrücken dagegen.

Genosse Jarolim ruft: „Ist das vielleicht eine Schande, wenn man kein Haus und keinen Hof hat?“

Genosse Stark: „Das ist eine Gemeinheit!“

Lufsch sucht sich mit aller Gewalt herauszuheben und den Lärm zu überschreien; da kommt ihm der nationaldemokratische Vorsitzende Braber zu Hilfe und erteilt nacheinander ohne ausreichenden Grund Ordnungsrufe an die Genossen Stark und Jarolim, die sich über die Provokationen des Landbändlers nicht beruhigen können. Auch Genosse Deutel erhält einen Ordnungsruf, als er auf eine Bemerkung Lufsch über die sozialistischen Phrasen ihm zuruft: „Ja, für sie ist auch der Kampf ums Brot eine Phras!“

Lufsch erklärt schließlich wütend, er werde überhaupt auf keinen Zwischenruf mehr reagieren, und legt die Verlesung seines Konzeptes fort. Er legt von den Tschechen voraus, daß sie es ehrlich meinen; seine Partei würde nicht davor zurückschrecken, wieder in die Opposition zu gehen (Komische Zwischenrufe), wenn gegen sie regiert würde. Die Abänderung der Sozialver-

Der Bericht des Militärkomitees fertig.

Alle Fragen bereinigt.

Genf, 9. Dezember. (Eigenbericht.) Das Militärkomitee in Versailles hat, wie hier bekannt wird, seinen Bericht für die Vorkriegskonferenz, die heute abends eine Sitzung abhält, beendet. Es heißt, daß sämtliche noch offen gebliebenen Fragen befriedigend geregelt seien, so daß die Vorkriegskonferenz den Beschluß auf Zurückziehung der Militärkontrollkommission aus Deutschland fassen werde.

Der abschließende Bericht der Vorkriegskonferenz wird aber wahrscheinlich erst spät hier eintreffen, so daß vor morgen keine Verhandlungen der fünf Minister mehr stattfinden dürften.

Sicherung hält Lufsch für unbedingt notwendig. Das ruft bei unseren Genossen einen neuen Proteststurm hervor, wobei Genosse Stark zum zweitenmal zur Ordnung gerufen wird. Lufsch jammert dann über die schlechte Lage der Landwirtschaft, wofür die Steuerrückstände von zweieinhalb Milliarden ein schlagender Beweis sein sollen und verlangt schließlich auch auf handelspolitischem Gebiete „Umkehr“. Unter beständigem Geplänkel mit unseren Genossen geht schließlich auch diese von keiner Sachkenntnis getriebene Rede zu Ende.

Die Debatte geht sodann bis gegen 11 Uhr nachts weiter.

Mißtrauensvotum gegen die deutschen Zollparteien.

In ihrer eigenen Versammlung.

Eine vernichtende Niederlage erlitten die Landbändler und Gewerbevertreiter am letzten Sonntag in Braunau. Diese Zollparteien hatten nämlich eine Protestversammlung gegen die „Härten und Schärpen des Sozialversicherungsgesetzes und gegen die beabsichtigte Einführung der Sonntagstruhe“ einberufen und dazu brieflich auch die „Herten Genossen Rambousek und Seidel“ eingeladen. Die Versammlung war massenhaft besucht, in der Mehrheit natürlich von Arbeitern. Tschapel referierte und verdolmetschte das Lied der „Feinde jeden sozialen Fortschrittes“. — Es sprachen von unserer Seite die Kommunisten Schenk und von den Sozialisten Kasper. In der Versammlung selbst wurde nachstehende Resolution mit Mehrheit angenommen:

Die heute, den 8. Dezember 1926 im Braunauer Ainosaal stattfindende Parteiversammlung gegen die „Härten und Schärpen des Sozialversicherungsgesetzes und die beabsichtigte Einführung der Sonntagstruhe“, einberufen vom Handelsrat Braunau, Bund der Landwirte, Bezirksleitung der deutschen Gewerbevertreiter Braunau-Weißdorf spricht den parlamentarischen Vertretern der deutschen Zollparteien, das sind Bund der Landwirte, deutsche Gewerbevertreiter und deutsche christlichsoziale Volkspartei auf Grund ihrer reaktionären Haltung bei der Beschlußfassung über das Sozialversicherungsgesetz im tschechoslowakischen Parlament, die im Verein mit den tschechischen bürgerlichen reaktionären Parteien zu bedeutenden Verschlechterungen der ursprünglichen Regierungsvorlage geführt hat, das schärfste Mißtrauen aus.

Die Versammlung wendet sich gleichermassen auf das energische gegen die, von oben ernannten Parteien im Robellierungsweg angeführten Verschlechterungen des derzeitigen Gesetzes und stellt fest, daß das Gesetz über die Sozialversicherung eine Volksnotwendigkeit darstellt, die verhindern soll, daß auch in späterer Zeit so wie heute alte, arbeitsunfähige Menschen, die ihr Leben lang für die Gesellschaft gearbeitet haben und Mehrwert geschaffen haben, ihre Witwen und Waisen müssen.

Die Versammlung hält es für einen Stand 1, daß sich Parteien dafür hergeben, gegen das Gesetz über die Sozialversicherung zu protestieren und fordert die maßgebenden Instanzen auf, dafür Sorge zu tragen, daß das Gesetz ehestens verbessert und durch Zusammenfassung aller Versicherungsämter zu einem wirklichen Sozialgesetz für das arbeitende Volk ausgearbeitet werde.

Man muß die notwendigen und ersaunten Gesichter nach der Abkündigung gesehen haben, wenn man sich ein Bild über die Schweden machen will. Die Arbeiterschaft lang die „Internationale“, das Bürgertum verließ watschnaubend den Saal und das Präsidium verlag sogar darauf, die Versammlung zu schließen.

Vorsprache der Bergarbeiter beim Arbeitsminister.

Gestern sprach eine Abordnung, bestehend aus Vertretern aller Bergarbeiterorganisationen, beim Arbeitsminister Dr. Spina vor und klagte den Minister über den Lohnkonflikt im Bergbau auf. Die Vertreter verwiesen auf den unberechtigten ablehnenden Standpunkt der Grubenbesitzer und verlangten, die Regierung möge im Interesse der ruhigen Entwicklung der Wirtschaft und der Kohlenförderung im Sinne der Bergarbeiterwünsche bei den Grubenbesitzern intervenieren.

Tagesneuigkeiten.

Aus dem Lande der Tierquälerei.

Spanien mit seinen Stiergefechten und anderen „Belustigungen“ war bisher das klassische Land der Tierquälerei. Die Kultur (zu 50 Prozent der Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben) mag ihren Anteil an dieser peinlichen Tatsache haben, aber ihre äußersten Wurzeln reichen in die Tiefen der spanischen Volkseele selbst hinein und vielleicht in geschichtliche Hintergründe (Anquisition). Aufschreiend sind jetzt aber ernsthafte Ansätze zur Besserung vorhanden. Seit über einem Jahrzehnt gibt es in Madrid, Barcelona, Bilbao und anderen größeren Städten Tierquälereiverbände, die eine lebhafteste Tätigkeit entfalten und vielfache, nennenswerte Erfolge erzielt haben, unter anderem den, daß ihnen Staat und Gemeinden endlich tatkräftige Unterstützung leisten. So sind die sogenannten Capcas (die Abmarterung von jungen Stieren mit Feuer und Schwert, das Hauptquälmittel der häuslichen Kirchweihfeste) streng verboten, wobei allerdings Rücksichtnahmen des Gesetzes nicht fehlen. Dennächst soll auch die Tötung und überhaupt die Vorführung von Tieren bei Stiergefechten untersagt werden. Vor kurzem hat die Regierung den Bürgermeister von Teruel abgesetzt, weil er eine Capca in seiner Ortschaft gestattet hatte. Letzte Woche fand in Barcelona eine Volksversammlung statt, in der die Abschaffung der Stiergefechte überhaupt gefordert wurde. Unverkennbar ein Zeichen der Zeit! Man kann beobachten, daß sogar das Stierkampfpublikum, das vor etwa zwanzig Jahren Blasco Ibanez in seinem Roman „Die Arena“ als „die wahre Bestie, deren Gebrüll entsteht“, bezeichnet hat, heute offenkundig von den ärgsten Grausamkeiten abrückt und für doch schon steigend als anwidern empfindet.

Unlängst ist auch der Alcalde von Madrid, Graf Ballellano, mit einem energischen Edikt zum Schutz der Tiere eingetreten. Die häufig und raffiniert Tierquälereien in der spanischen Hauptstadt sind, davon gibt die Liste der mit Strafen bedrohten Vergehen eine traurige Vorstellung. Es wird verboten: Jagtiere auf Kopf und Arme zu schlagen, sie mit spitzen Messern und Werkzeugen zu stechen, mit Stacheldraht zu gefesseln, Hunde unter Wagen angebunden zwischen den Rädern zu führen, Hunde und Katzen durch Anbinden von Blechbüchsen oder Kochtöpfen an den Schwanz zur wilden Flucht anzuregen oder ihnen sonst Qualen zu verursachen; lebendes Geflügel mit gebundenen Füßen und herabhängendem Kopf zu transportieren oder feilzubieten; Hester anzuhacken; in'strentreffende Vögel zu jagen; Vögel Kindern als Spielzeug anzuliefern, sie als Pfeilscheibe zu verwenden (selber wird das Töten von Vögeln, das hohe Herren mit Leidenschaft fröhnen, nicht verboten), Fahnenlampion zu benutzen, Vögel zu blenden und dergleichen mehr. So ist denn zu hoffen, daß sich in Spanien der Tag naht, da bewußter Schutz der Tiere, Gerechtigkeit und Mitleid mit dem „Vieh“ den Menschen vor den Auswirkungen seiner eigenen Verrücktheit schützt.

Katastrophen.

Paris, 8. Dezember. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Madrid sind bei einem Zugzusammenstoß in der Südmandschurei 25 Personen getötet und 54 schwer verletzt worden.

Madrid, 8. Dezember. In Oviedo, einem Nebenort in Asturien, wurde durch Abstürze von Erdmassen, die sich infolge der gewaltigen Regengüsse der letzten Tage von einem Abhang gelöst hatten, ein Haus umgerissen, dessen Trümmer ein anderes mitrissen. Sieben Personen kamen ums Leben, darunter fünf Kinder. Drei Personen wurden schwer verletzt.

Salzburg, 8. Dezember. Bei den Salzschmelzarbeiten bei der Zellulosefabrik Hallau erfolgte heute infolge eines Erdstößen ein Einsturz eines 50 Meter langen und 15 Meter breiten Schrägkopfes. Dabei wurden 13 Arbeiter begraben, von denen vier schwer, sieben leicht verletzt und zwei nurmehr tot geborgen werden konnten.

Al „Mussolini“ ein Schimpfwort? Der „Kritik. Jg.“ wird aus Brüssel folgende hübsche Begebenheit berichtet: Ein Mieter hatte in Dauschingen ein Haus aufgeschlagen, auf dem zu sein stand, daß sich die Mieter zumammern sollten, um den Forderungen des Hausbesizers die Stirn zu bieten. Den Hausbesitzer selbst bezeichnete er dabei als einen entsetzlichen Tyrannen und den Portier als einen Mussolini. Das ließ den Hausbesitzer nicht ruhen und er ließ zum Rabi. Der oeruelle den Lächerer wegen beider Delikte. Der leidenschaftliche Mieter legte Berührung ein und nun heute kein Verteidiger in großer Rede vor dem Brüsseler Gericht aufeinander, daß die Titulierung „Mussolini“ keineswegs eine Beleidigung, sondern vielmehr eine Schmeichelei sei, denn der Vergleich mit einem Wohltäter der Menschheit sei offenbar eine Ehrung. Wenn aber, so meinte der geriebene Herr Verteidiger, das Gericht die Bezeichnung „Mussolini“ als eine Beleidigung ansehe, so könnte daraus bedeutungsvolle diplomatische Zwischenfälle erwachsen. Das Gericht würdigte die Wucht dieses Arguments und fand die salomonische Lösung, den Angeklagten wegen des „Mussolini“ freizusprechen, im übrigen aber die Verurteilung der ersten Instanz auf Grund der Bezeichnung „entsetzlicher Tyrann“ bestehen zu lassen.

Hafenkreuzler im Bunde mit Tschechisch-nationalen.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner leistet der tschechisch-nationalen „Jednota“ Wahlhilfe.

In den Tagen vom 10. bis 15. Dezember finden die Wahlen in die Krankenkasse für die Bediensteten der tschechoslowakischen Staatsbahnen statt. Für diese Wahlen haben in einer gemeinsamen Wahlgruppe die zwei national-sozialistischen Organisationen, „Berein deutscher Eisenbahnbeamte“ und „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“, sowohl in den Zentralauschuss, als auch in fünf Direktionsauschüssen Kandidaten aufgestellt.

Das „Nordböhmische Tagblatt“ veröffentlichte in der Nummer vom 4. Dezember über vorgenannte Wahlen folgende Mitteilung:

„In den Krankenkassenwahlen der Eisenbahner. Vom 10. bis 15. Dezember 1926 finden die Wahlen in die Vertretungsräte der Krankenkasse der Eisenbahner statt. Es ist persönliche und nationale Pflicht jedes deutschen Eisenbahners, ob aktiv oder pensioniert, das Wahlrecht auszuüben. Jeder Eisenbahner verleihe daher seine Stimmzettel. Vertreter zu seinem Volke steht, wähle den „Berein deutscher Eisenbahnbeamter“ und die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“. Die entsprechenden Abgestimmten sind bei den Ortsgruppen dieser Gewerkschaften und bei den Vertrauensmännern zu haben. Für die Krankenkassenwahlen der Eisenbahner gilt die einzige Lösung: Der deutsche Eisenbahner wählt die deutschen Gewerkschaften.“

Ähnliche Aufforderungen waren auch in anderen deutsch-nationalen Blättern sowie in den Tageszeitungen der zwei deutsch-nationalen Organisationen enthalten. Was jedoch in allen diesen Blättern nicht veröffentlicht wurde, ist der Umstand, daß der „Berein deutscher Eisenbahnbeamter“ und die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ mit der tschechisch-nationalen „Jednota“ die Listenföpfung angemeldet haben.

Im Zusammenhang mit dieser Listenföpfung bedeutet die Wahlbeteiligung der beiden Organisationen, die in politischer Richtung nationalsozialistisch sind, nichts anderes als ein Stimmzetteltreiben für die tschechisch-nationale Eisenbahnerorganisation „Jednota“.

Die Wahlen sind bei den Wahlen in die Krankenkasse der Staatsbahn so hoch, daß keine Aussicht besteht, daß der „Berein deutscher Eisenbahnbeamter“ und die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ ein Mandat erreichen könnten. Für den Zentralauschuss dürfte die Wahlzahl an den Zentralauschuss dürfte die Wahlzahl annähernd 25.000, für die einzelnen Direktionsauschüsse annähernd 4000 bis 5000 Stimmen betragen. Bei den Wahlen in die Vertrauensmännerratschüsse, die im Jahre 1924 stattfanden, brachte die Wahlgruppe „Berein deutscher Eisenbahnbeamter“ und „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ überhaupt nur 8702 Stimmen auf, somit nur einen Bruchteil jener Anzahl, die bei den jetzigen Wahlen zur Erreichung eines Mandates erforderlich sind.

Nach den Bestimmungen der Wahlordnung werden die Stimmen der Organisation, welche die Wahlzahl nicht erreicht, dann jener Organisation zugerechnet, mit der die Listenföpfung durchgeführt wurde und die im ersten Struktium bereits Mandate erhielt.

Wie die Sachlage liegt, werden somit höchstwahrscheinlich sämtliche Stimmen, die in den Krankenkassenwahlen der Eisenbahner auf die zwei deutsch-nationalen Organisationen entfallen, zur Gänze der „Jednota“ zugeschrieben werden.

Wer ist nun die „Jednota“? Die „Jednota“ ist jene tschechisch-nationale Eisenbahnerorganisation, die gegen die Bediensteten der Kinderheilstätten wiederholt die gewissenloseste Hebe entfaltet. Den unheilvollen Einfluß dieser Organisation wurden die deutschen Bediensteten besonders während des Personalabbaues gewahrt. Die Vertreter der „Jednota“ erklärten es geradezu als ihr Programm, daß die deutschen Bediensteten aus den Bediensteten entfernt werden. Ein Vertreter der „Jednota“ sprach es auf der Generalversammlung seiner Organisation sogar aus, daß, wenn alle politisch unzulässigen Bediensteten aus dem Eisenbahndienste entfernt werden, statt 18.000 Bediensteten 40.000 Bedienstete abgebaut werden müßten.

Hier ist mit wenigen Strichen gezeichnet, wie das Wirken der „Jednota“ gegenüber den deutschen Eisenbahnerpersonalen beschaffen war und noch ist. Und mit dieser „Jednota“ schließen nun die deutsch-nationalen Eisenbahnerorganisationen zu dem Zwecke ein Wahlbündnis, damit der erlernten die Stimmen der deutschen Bediensteten in den Krankenkassenwahlen zugerechnet werden. Diese moralische Handlung nennt das „Nordböhmische Tagblatt“ eine persönliche und nationale Pflicht.

Die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ ist gewissermaßen stets der Sturmbos der Nationalsozialisten gewesen. Obwohl man von dieser Partei ein großes Maß moralischer Verlotterung gewohnt ist, so dürfte diese neue „höllische Tat“ in ihrer politischen Charakterlosigkeit doch ihresgleichen suchen. Die Vertreter des deutschen Bürgerturns machen mit dem tschechischen Bürgerturn deshalb gemeinsame Sache, um rücksichtslos und brutal ihre Klasseninteressen zu vertreten. Die deutsch-nationalen Eisenbahnerorganisationen machen den Zurechtberuf die tschechischen Chauvinisten, trotzdem dieselben das deutsche Personal wirtschaftlich schwer schädigen. Die Verlotterung muß eine Organisation sein, um demartig würde, und charakterlose Handlungen zu begehen. Wie schreibt aber das „Nordböhmische Tagblatt“? „Wer treu zu seinem Volke steht, wähle den „Berein deutscher Eisenbahnbeamter“ und die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner!“

Eine furchtbare Explosion im Schulzimmer. Aus Kosmar wird gemeldet: Der 15jährige Schüler Gustav Lukas in Pilsboda (Gau Arda) fand auf dem Wege in die Schule eine Dynamitpatrone, die er mitnahm. Während des Unterrichtes zeigte er sie einem Mitschüler, der ankam, mit einem Taschenmesser daran herumzubohren. Plötzlich erfolgte eine furchtbare Detonation. Der Schüler bemächtigte sich eine große Panik. Als sich der erste Schreck gelegt hatte, fand man in dem Klassenzimmer drei schwerverwundete Knaben. Die sich stöhnend in ihrem Blute wälzten, und fünf leichtverletzte Schüler. Zwei Schüler haben das Gehör eingebüßt.

50 Grad Hitze — in Buenos Aires. Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß die Stadt unter einer Hitzewelle leidet. Die Temperatur ist auf fast fünfzig Grad Celsius gestiegen. Verschiedene Hitzschläge sind zu verzeichnen. Der nördliche Kontinent der westlichen Hemisphäre beginnt dagegen schon die Härte des Winters zu spüren. Fast der ganze Osten Amerikas ist mit Schnee bedeckt.

Rechenunterricht in den Sowjetschulen. Die bolschewistische „Pravda“ vom 21. November bringt höchst merkwürdige Mitteilungen, wie in Sowjetrussland der Rechenunterricht gelehrt wird. Zahlreiche russische Verlagsanstalten geben in ungeheuren Auflagen Schulhefte heraus, deren Aufschlag mit dem Einmaleins oder dem metrischen Maßsystem versehen ist; es werden auch besondere Tabellen der metrischen Maße herausgegeben. Diese Tabellen wimmeln von ungeheuerlichen Fehlern. In Koston sind 120.000 Hefte herausgegeben worden, in denen man lesen kann, daß 9*3=24 und 9*4=32 ist. In Moskau hat der Zentralverband der Konsumgenossenschaften („Zentrososjus“) 550.000 Hefte herausgegeben mit der Angabe, daß 7*13=24 sei. In den von dem kleiner Verlag herausgegebenen Heften, die eine Auflage von 3 Millionen haben, wird mitgeteilt, daß ein Hektoliter gleich 1000 Liter und daß ein Fuß — ein Längenmaß — gleich 409,5 Gramm sei. Der Genossenschaftsverlag von Dnepropetrovsk hat in den Heften, die eine Auflage von 260.000 haben, angegeben, daß 8*8=69 sei. Der Sowjetverlag von Homel hat 260.000 Tabellen der metrischen Maße veröffentlicht, in denen ein m gleich 1000 m ist. Außer den oben angeführten Heften und Tabellen, schreibt die Zei-

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Prog. 349. 14: Neapolitaner Musik. 11:40: Sonderausstrahlung Rundfunk und Postamt. 12:05: Verkehrsberichterstattung. 12:10: Mittagskonzert. 1. Koffert: „Der Schatz der Götter“. 2. Koffert: „Die Schöne und das Biest“. 12:30: „Die Schöne und das Biest“. 12:35: „Die Schöne und das Biest“. 12:40: „Die Schöne und das Biest“. 12:45: „Die Schöne und das Biest“. 12:50: „Die Schöne und das Biest“. 12:55: „Die Schöne und das Biest“. 13:00: „Die Schöne und das Biest“. 13:05: „Die Schöne und das Biest“. 13:10: „Die Schöne und das Biest“. 13:15: „Die Schöne und das Biest“. 13:20: „Die Schöne und das Biest“. 13:25: „Die Schöne und das Biest“. 13:30: „Die Schöne und das Biest“. 13:35: „Die Schöne und das Biest“. 13:40: „Die Schöne und das Biest“. 13:45: „Die Schöne und das Biest“. 13:50: „Die Schöne und das Biest“. 13:55: „Die Schöne und das Biest“. 14:00: „Die Schöne und das Biest“.

14:10: „Die Schöne und das Biest“. 14:15: „Die Schöne und das Biest“. 14:20: „Die Schöne und das Biest“. 14:25: „Die Schöne und das Biest“. 14:30: „Die Schöne und das Biest“. 14:35: „Die Schöne und das Biest“. 14:40: „Die Schöne und das Biest“. 14:45: „Die Schöne und das Biest“. 14:50: „Die Schöne und das Biest“. 14:55: „Die Schöne und das Biest“. 15:00: „Die Schöne und das Biest“.

15:05: „Die Schöne und das Biest“. 15:10: „Die Schöne und das Biest“. 15:15: „Die Schöne und das Biest“. 15:20: „Die Schöne und das Biest“. 15:25: „Die Schöne und das Biest“. 15:30: „Die Schöne und das Biest“. 15:35: „Die Schöne und das Biest“. 15:40: „Die Schöne und das Biest“. 15:45: „Die Schöne und das Biest“. 15:50: „Die Schöne und das Biest“. 15:55: „Die Schöne und das Biest“. 16:00: „Die Schöne und das Biest“.

16:05: „Die Schöne und das Biest“. 16:10: „Die Schöne und das Biest“. 16:15: „Die Schöne und das Biest“. 16:20: „Die Schöne und das Biest“. 16:25: „Die Schöne und das Biest“. 16:30: „Die Schöne und das Biest“. 16:35: „Die Schöne und das Biest“. 16:40: „Die Schöne und das Biest“. 16:45: „Die Schöne und das Biest“. 16:50: „Die Schöne und das Biest“. 16:55: „Die Schöne und das Biest“. 17:00: „Die Schöne und das Biest“.

17:05: „Die Schöne und das Biest“. 17:10: „Die Schöne und das Biest“. 17:15: „Die Schöne und das Biest“. 17:20: „Die Schöne und das Biest“. 17:25: „Die Schöne und das Biest“. 17:30: „Die Schöne und das Biest“. 17:35: „Die Schöne und das Biest“. 17:40: „Die Schöne und das Biest“. 17:45: „Die Schöne und das Biest“. 17:50: „Die Schöne und das Biest“. 17:55: „Die Schöne und das Biest“. 18:00: „Die Schöne und das Biest“.

18:05: „Die Schöne und das Biest“. 18:10: „Die Schöne und das Biest“. 18:15: „Die Schöne und das Biest“. 18:20: „Die Schöne und das Biest“. 18:25: „Die Schöne und das Biest“. 18:30: „Die Schöne und das Biest“. 18:35: „Die Schöne und das Biest“. 18:40: „Die Schöne und das Biest“. 18:45: „Die Schöne und das Biest“. 18:50: „Die Schöne und das Biest“. 18:55: „Die Schöne und das Biest“. 19:00: „Die Schöne und das Biest“.

19:05: „Die Schöne und das Biest“. 19:10: „Die Schöne und das Biest“. 19:15: „Die Schöne und das Biest“. 19:20: „Die Schöne und das Biest“. 19:25: „Die Schöne und das Biest“. 19:30: „Die Schöne und das Biest“. 19:35: „Die Schöne und das Biest“. 19:40: „Die Schöne und das Biest“. 19:45: „Die Schöne und das Biest“. 19:50: „Die Schöne und das Biest“. 19:55: „Die Schöne und das Biest“. 20:00: „Die Schöne und das Biest“.

20:05: „Die Schöne und das Biest“. 20:10: „Die Schöne und das Biest“. 20:15: „Die Schöne und das Biest“. 20:20: „Die Schöne und das Biest“. 20:25: „Die Schöne und das Biest“. 20:30: „Die Schöne und das Biest“. 20:35: „Die Schöne und das Biest“. 20:40: „Die Schöne und das Biest“. 20:45: „Die Schöne und das Biest“. 20:50: „Die Schöne und das Biest“. 20:55: „Die Schöne und das Biest“. 21:00: „Die Schöne und das Biest“.

21:05: „Die Schöne und das Biest“. 21:10: „Die Schöne und das Biest“. 21:15: „Die Schöne und das Biest“. 21:20: „Die Schöne und das Biest“. 21:25: „Die Schöne und das Biest“. 21:30: „Die Schöne und das Biest“. 21:35: „Die Schöne und das Biest“. 21:40: „Die Schöne und das Biest“. 21:45: „Die Schöne und das Biest“. 21:50: „Die Schöne und das Biest“. 21:55: „Die Schöne und das Biest“. 22:00: „Die Schöne und das Biest“.

22:05: „Die Schöne und das Biest“. 22:10: „Die Schöne und das Biest“. 22:15: „Die Schöne und das Biest“. 22:20: „Die Schöne und das Biest“. 22:25: „Die Schöne und das Biest“. 22:30: „Die Schöne und das Biest“. 22:35: „Die Schöne und das Biest“. 22:40: „Die Schöne und das Biest“. 22:45: „Die Schöne und das Biest“. 22:50: „Die Schöne und das Biest“. 22:55: „Die Schöne und das Biest“. 23:00: „Die Schöne und das Biest“.

23:05: „Die Schöne und das Biest“. 23:10: „Die Schöne und das Biest“. 23:15: „Die Schöne und das Biest“. 23:20: „Die Schöne und das Biest“. 23:25: „Die Schöne und das Biest“. 23:30: „Die Schöne und das Biest“. 23:35: „Die Schöne und das Biest“. 23:40: „Die Schöne und das Biest“. 23:45: „Die Schöne und das Biest“. 23:50: „Die Schöne und das Biest“. 23:55: „Die Schöne und das Biest“. 24:00: „Die Schöne und das Biest“.

24:05: „Die Schöne und das Biest“. 24:10: „Die Schöne und das Biest“. 24:15: „Die Schöne und das Biest“. 24:20: „Die Schöne und das Biest“. 24:25: „Die Schöne und das Biest“. 24:30: „Die Schöne und das Biest“. 24:35: „Die Schöne und das Biest“. 24:40: „Die Schöne und das Biest“. 24:45: „Die Schöne und das Biest“. 24:50: „Die Schöne und das Biest“. 24:55: „Die Schöne und das Biest“. 25:00: „Die Schöne und das Biest“.

25:05: „Die Schöne und das Biest“. 25:10: „Die Schöne und das Biest“. 25:15: „Die Schöne und das Biest“. 25:20: „Die Schöne und das Biest“. 25:25: „Die Schöne und das Biest“. 25:30: „Die Schöne und das Biest“. 25:35: „Die Schöne und das Biest“. 25:40: „Die Schöne und das Biest“. 25:45: „Die Schöne und das Biest“. 25:50: „Die Schöne und das Biest“. 25:55: „Die Schöne und das Biest“. 26:00: „Die Schöne und das Biest“.

Junggefellener in Italien. Auf Vor- schlag Mussolinis hat der italienische Mi- nisterrat die Einführung einer progressiven Be- steuerung aller Junggefellener vom 25. bis zum 65. Lebensjahr beschlossen. Die neue Steuer soll mit 1. Januar 1927 in Kraft treten.

60 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In Brandis bei Leipzig sind nach dem Genuss von Schafschmalz, das mit Kolbakterien vermischt war, etwa 60 Personen unter Begleiterscheinungen erkrankt. Zwei Erkrankte mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Todesfälle sind bisher nicht zu verzeichnen. Das Fleisch stammt aus einer Fleischerei in Brandis. Diese hatte fälschlich von dem dortigen Guts- zweier Kälder angekauft, die, wie es heißt, unter Kuhruhrverdacht notgeschlachtet worden wa- ren. Doch soll das Fleisch der notgeschlachteten Tiere von der Brandiser Untersuchungsstelle als einwandfrei befunden worden sein und den Fleischver- meistern soll kein Verschulden treffen.

Ein Elternmörder. Aus Aachen wird ge- meldet: Der Arbeiter Heinrich Janßen, der wegen gefährlicher Körperverletzung seines Bruders zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hatte am Tage der Verurteilung mit seinen Eltern, mit denen er wegen seiner Frau in Unfrieden lebte, eine blutige Auseinander- setzung. Er schlug seinen 76jährigen Vater mit einer Flasche auf den Kopf und schlug dann mit einem Sessel auf den Vater und seine 73jährige Mutter solange ein, bis beide regungslos liegen blieben. Derauf stellte er sich der Polizei. Diese fand die Mutter tot auf und schaffte den Vater, an dessen Aufkommen gezweifelt wird, in ein Krankenhaus.

Neue Schnellzüge. Im Fahrplan 1927-1928 soll ein neuer Schnellzug, Abfahrt von Pilsen um 10 Uhr 30 Min. vorm., und ein neues Schnellzugs- paar auf der Strecke Pilsen—Duz eingeführt werden. Die direkte internationale Schnellzugsver- bindung zwischen Prag und München, welche durch die Schnellzüge Nr. 5 und 6 vermittelt wurde, soll in absehbarer Zeit wieder erneuert werden. Das Schnellzugspaar auf der Strecke Prag—Bdic—Protovin wird künftig von Pilsen über Kallitz nach Protowice—Babin geführt werden. Uebrigens sind einzelne große Änderungen in bezug auf Per- sonenzugverbindungen in Aussicht gestellt, wobei insbesondere auf einigen Lokalbahnlinien die Zahl der Personenzüge nach Bedarf vergrößert wird. Hin- gegen werden die Schnellzüge Nr. 85 und 86 im Ab- schnitte Domalka—Horodkewice—Babin aufgehoben und auf die Strecke Pilsen—Dotadkewice—Babin ver- legt werden.

Der Gattenmordprozess in Dresden. Unter un- geheurem Andrang des Publikums — seit Mit- ternacht fanden die Menschen nach einem Platz im Gerichtsfoal — begann am Mittwoch vormittag vor dem Präsidenten Schwurgericht der Prozess gegen den Gärtner Kröhnert und die Witwe des Gerichts- assessors Donner, denen die Anklage gemeinsamer Ermordung des Chemannes Donner in der Nacht zum 16. April 1920 zur Last gelegt wird. Die Ver- handlung begann mit der Vernehmung der beiden Angeklagten, die sich feierlich in einer Plauder- kenne lernten. Beim Einstudieren von Liebes- szenen lernte sie sich, so erklärte Kröhnert, näher ge- kommen. Er habe nicht gewußt, daß Frau Donner verheiratet sei, das habe er erst später erfahren. Sehr bald dahinter sei beide an eine Trennung der Frau Donner von ihrem Ehemann. Sie wollte an- sichtlich als Hausmädchen in Stellung gehen, um den Lebensunterhalt zu fristen. Kröhnert erklärte im weiteren Verlaufe der Verhandlung, daß Donner seiner Frau mehrfach den Wunsch nach Scheidung abgelehnt habe; darüber sei in beiden ein großer Haß gegen ihn entstanden. In der Nacht vom Freitag auf den Samstag in das Schlafzimmer der Frau, während der Mann ein Stodwerk höher schlief. Nach drei Stunden entfernte er sich wieder durch das Fenster und betrat dann das Haus durch die Haustür. Nach einiger Zeit wurde Licht, und Donner erschien auf der Treppe. Es sei zu einer kurzen Auseinandersetzung gekommen. Auf die Frage, warum Donner seine Frau nicht gehen lasse habe er erklärt, er denke gar nicht daran. Gleich- zeitig entfiel ihm der Stof, und Kröhnert sah nach seiner eigenen Schilderung einen Revolver in der rechten Hand Donners. Da habe er, ohne zu zögen, schließlich losgedrückt. Frau Donner, die mit 18 Jahren heiratete, erklärte auf eine Frage des Vor- sitzenden, sie habe damals ihren Mann so lieb ge- habt, wie jedes junge Mädchen, um das sich ein junger Mann mit ausreichendem Vermögen bemüht; das Vermögen ihres Mannes habe damals unge- fähr 350.000 Mark betragen. Die erste ernste Ver- stimmung sei eingetreten, als der Mann Weih- nachten 1918 aus dem Felde zurückkam, ihr aber am Weihnachtabend kein Geschenk mitgebracht, sondern ihr lediglich drei Einbrenntmargarinen hingeworfen habe. Im Laufe der Zeit seien ihr auch die beiden Kinder völlig entfremdet worden. Der Vorsitzende hält der Angeklagten vor, daß sie während der Kriegszeit außer den Zinsen des Vermögens 30.000 bis 30.000 Mark verbrannt habe. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Frau Donner, sie habe ihrem Mann mehrfach gesagt, daß sie die Ehe jeht- mal gelöst haben und ihm den Mann bringen könne. Der Ehemann habe sie aber nicht freigegeben, sondern immer wieder erklärt: Ich verzehle dir.

Tod einer Längerin. Die französische Längerin Rhofa, mit ihrem bürgerlichen Namen Valentine Lombren, die im Dezember im Berliner Winter- garten auftrat, ist am dritten Tage ihres Berliner Aufenholdes plötzlich erkrankt und kurz darauf im Krankenhaus gestorben. Für den labi- len Tanz, in dem sie auftrat, schenkte sie ihren Körper mit einer bronchitischen Schmelze, deren Zusammenstellung ihr von Paris mitgeteilt wurde. Die heimische Luft, die sie sich mit einer Zigarette die Lippen verbrannt und sich an ihrer offenen Wunde durch die Metallstäbe einer Narkosevergiftung zuge- zogen.

Das Bulareiter Königschloß in Flammen. Das königliche Schloß in Bularest ist in der Nacht zum Mittwoch einem Großfeuer zum Opfer gefallen. Am Mittwochabend stand plötzlich ein großer Teil des mit- ten in der Stadt gelegenen Palastes in Flammen. Der mittlere Teil des Hauptgebäudes mit dem Thronsaal und den Empfangsräumen ist völlig niedergebrannt. Die Seitenflügel konnten gerettet werden, auch der größte Teil des Mobiliars ist geborgen. Das Feuer ist, wie schätzte werden konnte, in der Küche der Angestellten des Hofes ausgebrochen. Bei dem zerstörten Schloß handelt es sich um die Winterresidenz, Herdman von Rumänien und seine Familie halten sich jedoch meist in dem etwa eine halbe Stunde von Bularest entfernten Schloß Cotroceni auf. Auch gegen- wärtig befindet sich der operierte König und seine Familie in Cotroceni.

Vortrag. Am Montag, den 13. d. M., abends, spricht Genosse Reisman im kleinen Saale des Palais d'Or in der Subermergasse über das Thema: „Die soziale Dichtung der Tschechen“. (Viele Repräsentationen moderner tschechischer Dichter in deutscher Uebersetzung.) Der Vortrag wird durch den „Verein deutscher Arbeiter“ veranstaltet.

Antischimmel. Bayern hat die kostple- tigste, altmodischste und unangenehmste Verwal- tung. Dafür ist der bayerische Staat auch schwer- bleit und weist ein beträchtliches Staatsdefizit auf. Der bayerische Antischimmel aber muß keine Berechtigung nachweisen, während der bayerische Ministerpräsident und der bayerische Finanz- minister in Berlin vorstellig werden. Was dann bei der bayerischen Verwaltung herauskommen kann, zeigt der folgende echt bayerische Schildbürger- streich: Ein Baumwäster in Schwanau hatte in Bergheim ein Haus zu bauen. Er reißt vorwärts- wärtig den Plan ein, der wird genehmigt, aber nicht genehmigt. Der Baumwäster erfährt von der Geneh- migung, er beginnt den Bau und stellt das Haus fertig. Hinterher bekommt er ein Strafmandat, weil der Bau zwar genehmigt, aber die Genehmigung noch nicht genehmigt gewesen sei. Er erhebt Einspruch, das Amtsgericht stellt fest, daß er vom Bezirksamt die Auskunft erhalten habe, daß der Bau geneh- migt sei. Weil er aber beim Baubeginn den Plan noch nicht erhalten hatte, wird er zu 3 Mark Geld- strafe verurteilt und soll den fertigen Bau beiseiteigen.

Der Brudermord auf Schloß Lohom. Eine Fa- milientragödie auf Schloß Lohom im Kreise Jül- lichau der Provinz Saarland hat zwei Opfer gefordert. Das Rittergut Lohom, etwa 2500 Mor- gen groß und 6 Kilometer von Jüllichau entfernt, ist im Besitze derer von Lohom. Die eigentliche Be- sitzerin ist eine 53jährige Witwe. Zwischen ihren beiden Söhnen, dem 52 Jahre alten Udo und dem 49 Jahre alten Udo bestanden seit Jahren Erb- schaftsstreitigkeiten. Diese hatten sich im Laufe der Zeit so sehr verschärft, daß Udo das Schloß verlas- sen und ein Vorwerk bezogen hatte. Hier ergab er sich immer mehr und mehr dem Trunk. Der Wirt

des Vorwerkes mußte einen von ihm selbst herge- stelltten Schnaps führen, den er oft flüchtigweise trank. Schon in jungen Jahren hatte Udo als akti- ver Offizier in der Trunkenheit einen Hotelbierner erschossen, worauf er seinen Abschied nehmen mußte. Unter dem Einfluß des Alkohols hatte er jetzt den Entschluß gefaßt, seinen Bruder zu erschlagen. Wenigstens suchte er sich zu Arbeitern, mit denen er geschäftlich, in diesem Sinne. Er begab sich in das Schloß, wo es zunächst zu einer Auseinandersetzung mit der hochbetagten Mutter kam, die einige Wech- sel für den Sohn bezahlte. Als sich auch der Bruder in diese Auseinandersetzung einmischte, er- griff Udo plötzlich sein Jagdgewehr und schoß damit den Bruder nieder. Er selbst jagte sich unmittelbar darauf eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Der schwerverletzte Br- uder wurde in das Krankenhaus Jüllichau überführt, wo er jedoch in der Nacht zum Montag gestorben ist. Die alte Mutter, die den Vorgang miterlebte, erlitt einen Nervenzusammenbruch, so daß ihr Zu- stand ebenfalls besorgniserregend ist. Mit dem Tode der beiden Brüder ist das Geschlecht von Lohom im Mannesstamm ausgestorben. Als Erbe des Ritter- gutes kommt die etwa 40 Jahre alte Schwester der beiden Brüder in Frage. Diese hatte sich zeitwei- lig mit einem früheren Verwalter des Gutes ver- heiratet und war deswegen enterbt worden. Ihr Mann, der Administrator Fritz Krause, ist seit einem halben Jahre arbeitslos und bezieht in Jül- lichau Arbeitslosenunterstützung.

Theodor Storms Geburtshaus beschädigt. In der Nacht zum Montag wurde Theodor Storms Geburtshaus in Husum durch eine Gasexplosion stark beschädigt. In einem Boden zu ebener Erde hatten sich Gase angesammelt, die explodierten. Die Geschloßräume einer Kaffeebrennerei und einer Ulysseshandlung brannten völlig aus. Auch das Treppenhaus wurde stark in Mitleidenschaft ge- zogen.

Zweimal am Abend überfallen. Als die Kas- sieren eines Pariser Nachtlokals in einer Kraft- drose nach Hause zurückkehrte, wurde sie im Vor- eingang von einem jungen Manne angefallen, der ihr die Tasche mit den Einnahmen entriß und da- von rannte. Der Führer der Drose wurde durch die Hülfslose seines Fahrgastes aufmerksam und folgte dem Räuber. Dieser blieb plötzlich stehen, wußte dem Auto und verlangte, zum „Moy der Re- publik“ gefahren zu werden. Ueber dem Zählen seiner Beute bemerkte er nicht, daß der Chauffeur mit ihm zum nächsten Polizeikommissariat gefahren war, wo er sofort festgenommen wurde. Kurz dar- auf traf die Verurteilte ebenfalls auf dem Polizeire- vier ein und konnte ihr Eigentum wieder in Em- pfang nehmen. Die gleiche Kraftdrose brachte sie, diesmal in Begleitung zweier Kriminalbeamter, nach Douje. Als die Kassiererin jetzt dem Pförtner klopfen wollte, stürzten zwei Männer auf sie, entriß ihr wiederum die Tasche und versuchten zu- zusehen. Im gleichen Augenblick waren sie jedoch von den Kriminalbeamten gefaßt.

Tragischer Ausgang einer Kaltbootreise

Ein Mitarbeiter des Berliner „Soz. Beobachters“, Walter Herzfeld, unternahm vor Monaten mit Flugzeug und Holzboot eine Reise durch Westeuropa, über die er dem „Beobachter“ des öfteren berichtete. An der spanischen Küste sollte die Fahrt ihr Ende finden. 20 Kilometer vor dem Ziel ereilte den mutigen Bootsmann das Schicksal. Ueber den Unfall berichtet der „Beobachter“ nach Mitteilungen des einzigen Reisebegleiters Walter Herzfelds folgendes:

Als die beiden Reisenden von Bordeaux aus über die spanische Grenze führten, waren mit Auf- nahme des Ebro alle Flüsse ausgetrocknet. So be- schlossen sie, von Barcelona aus an der Mittel- meerküste entlang zu fahren, um in Sagunto den Dampfer für die Rückfahrt über Rotterdam zu erreichen. Ohne Unfall gelangten sie nach acht- tägiger Fahrt nach Valencia. Am 22. Oktober ver- ließen sie bei spiegelglatter See das kleine, freund- lich gelegene Albuñer, um die letzten 20 Kilo- meter nach Sagunto zurückzulegen. Nach etwa einstuündiger Fahrt drehte sich der Wind und wehte mit immer größer werdenden Heftigkeit von der Landseite. An dieser Stelle mündet ein kleines Flüsschen, das ein sehr starkes Gefälle besitzt, ins Meer, und die Strömung trieb die fahrenden immer mehr vom Lande ab, so daß sie trotz unge- heurer Anstrengung nicht mehr den Kurs auf den Hafen festzuhalten vermochten, den sie bereits in einer Entfernung von 5 Kilometern vor sich sahen. Der Wellengang wurde immer höher und unheim- licher, und auf die Dauer konnte das kleine Boot dem Wellenanprall nicht widerstehen. Schließlich gelang es, sich quer gegen die Wogen bis auf eine Entfernung von etwa 1500 Metern dem Ufer zu nähern.

Da schlug plötzlich eine gewaltige Welle auf das Hinterende des Bootes, riß die hintere Spritz- decke an der einen Seite aus den festhaltenden Druckknöpfen, und das Wasser ergoß sich ins Boot, das sofort anfang zu sinken. Werner Herzfeld stieß den Schredensruf aus: „Es ist aus“, und die beiden Fahrer sprangen aus dem Boot, um der Küste zuzuschwimmen. Während Herzfeld sich gleich von dem Boot abgewandt hatte, hielt sein Gefährte sich an dem aus dem Wasser herausragen- den Hinterende des Bootes fest und versuchte, auf das heloben treibende Holzzeug zu klettern, in der Hoffnung, daß der Unfall vom Lande aus be- merkt worden wäre und von dort Rettung kom- men würde. Mit dem linken Arm die Spitze des Bootes umklammernd, schwannte er mit dem rechten Arm und den Beinen nach der Küste zu, ohne umächt feststellen zu können, ob er ihr sich näherte oder ob die Strömung ihn in das Meer hinaus- trug. Nach einer unendlich lang erscheinenden Zeit sah er, daß das helle Sand des Strandes näher kam. Diese Erkenntnis belebte die bereits nach- lassenden Kräfte. Die rauhe Lufthaut des Bootes hatte ihm bereits die ganze Haut des linken

Unterarmes und der linken Brustseite fortgeschau- ert, und das salzige Seewasser biß unheimlich in die offenen Wunden.

Endlich fühlte er bei einem Schwimmtoch festen Grund unter den Füßen. Völlig erschöpft blieb er zunächst einige Minuten am Strande lie- gen und machte sich dann, von Frost durchschüttelt, auf den Weg nach dem nächsten Hause. Es war die Kaserne einer Abteilung der Arabier, der spanischen Küstenpolizei. Die Leute wickten den Mann entfezt an, als er, nur mit Schwimmanzug und blauer Brille bekleidet, in ihrer Mitte auf- tauchte. Als er ihnen mit Mühe verständlich ge- macht hatte, daß sein Gefährte entweder noch im Wasser schwimme oder unter- oder oberhalb seines Landungsortes an die Küste geworfen war, machte sich sofort eine Karabinero-Abteilung auf, um den Vermissten zu suchen. An seiner stehengebliebenen Taschenuhr stellte der Offizier später fest, daß er ungefähr zwei Stunden in größter Not schwin- mend im Wasser zugebracht hatte. Nach und nach kam einer nach dem anderen der ausgesandten Karabineros zurück, ohne ein Zeichen von dem Ver- suchten erpäht zu haben. Allmählich wurde der Geborgene von der Müdigkeit überwältigt und fiel in einen tiefen Schlaf.

Inzwischen war das Boot aus dem Wasser geholt und die darin befindlichen Kleider getrocknet worden. Der Gerettete machte sich nach dem Hafen Sagunto auf, um den Vorfall den zuständigen Marinebehörden zu melden. Auch dort lagen keinerlei Nachrichten von dem Vermissten vor. Unaussehlich patrouillierten die Streifen der Küstenpolizei das Gelände an der Küste ab, aber immer vergeblich. Die spanischen Behörden taten in der entgegenkommenden Weise alles, was in ihren Kräften stand, um wenigstens die Leiche auf- zufinden. Aber die Tage gingen dahin, ohne daß irgend eine Aufklärung erfolgte. Einige Kle- dungsstücke, die bei dem Unglück in dem Boot ge- legen hatten, spülte das Meer an den Strand. Unaussehlich schlugen die Wogen an die Küste, aber bis heute bewahren sie ihr Geheimnis. So mußte der Ueberlebende schließlich schweren Her- zens nach vielen Tagen sich von dem Orte tren- nen, der das Ende der Fahrt bedeuten sollte, und vor dessen Toren das Meer granatam die Hoff- nungen auf eine glückliche Heimkehr vernichtet hatte, und mußte allein die Heimreise antreten.

Volkswirtschaft.

Kritische Lage der tschechoslowakischen Zuderwarenindustrie.

Wie sehr die Hochschulpolitik der bürger- lichen Regierungsmehrheit die weiterverarbeitende Industrie schädigt, dafür liefert ein Beispiel die Erzeugung von Schokolade und Zuderwaren, in der ungefähr 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Fast alle Rohprodukte, welche diese Industrie benötigt, sind teurer als im Aus- lande. So muß 1 Zentner Zuder bei uns mit etwa 500 K^o bezahlt werden, wogegen der schwei- zerische Produzent für einen Zentner desselben Zuders nur 240 K^o zahlt. Bei uns zahlt man an Zoll und Umsatzsteuer bei der Einfuhr von 100 Kilogramm Ananas 1.044 K^o, Mandeln K^o 644.—, Nüsse K^o 432.—, Datteln K^o 451.90, Feigen K^o 344.40, Rosinen K^o 586.60, wogegen ein schweizerischer Produzent für diese Früchte nur K^o 65.— zahlt. Bedeutend ungünstiger ist noch der Vergleich bei den Kakaobohnen und Kakaobu- tter. Der tschechoslowakische Produzent zahlt für 100 Kilogramm Kakaobohnen K^o 158.32 Zoll und bei der Kakaobutter K^o 231.60. Der schweizerische Produzent braucht mit diesen Posten überhaupt nicht rechnen, weil er das was er bei der Ein- fuhr dieser Artikel am Zoll bezahlt, bei der Aus- fuhr wieder zurückbekommt. Die schweizerischen Schokolade- und Zuderwarenindustrie hat sich nun infolge billigerer Produktionsbedingungen in den letzten Jahren beträchtlich ausgedehnt. In diesen Aufschwung konnte aber die tschechoslowakische In- dustrie nicht teilnehmen, weil sie infolge der hohen Zölle auf das Rohprodukt aus dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig war, ja es sind der Tschecho- slowakei sogar die früheren Abgabebiete wie zum Beispiel Polen und Jugoslawien verloren gegan- gen. In der Schweiz kamen große Schokolade- und Zuderwarenfabriken zustande, die mit den neuesten Maschinen ausgestattet sind, während in- folge der Droffselung der Produktion bei uns die technische Ausgestaltung unserer Industrie sich nicht in gleichem Maße vollziehen konnte. Wie sehr die Lage dieser Industrie erschwert wird, sieht man insbesondere an dem hohen Zoll für Kakaobohnen der rein fiskalisch ist und im Interesse auch nicht eines Menschen in der Tschechoslowakei gelegen ist. Die gegenwärtige kritische Lage der Schokolade- und Zuderwarenindustrie, der gewalt- ige Aufschwung dieser Branche in anderen Län- dern ist ein Beweis dafür, wie die tschechoslowa- kische Zollpolitik die Entwicklung der Industrie droffelt und damit zur Verelendung der arbeiten- den Bevölkerung führt.

Die italienischen Gewerkschaften.

Die Presse der ganzen Welt bringt täglich Einzelheiten über das Gewerkschaftsleben in Italien, ein Gewerkschaftsleben so brutal und gemein, wie es die Welt seit Jahrhunderten nicht gekannt hat. Jede Bewegung, die dem Faschismus entgegensteht, wird mit Brandstiftung und Mordunter- stützt; jede Person, die den Faschisten wegen ihrer Vergangenheit nicht genehm ist, wird ermordet oder eingesperrt.

Am meisten hat die Arbeiterbewegung unter der Schredensherrschaft des Renegaten Mussolini zu leiden, sowohl die politische wie die gewerkschaftliche. Beiden Bewegungen wird jede Tätig- keit unmöglich gemacht, so daß die soz. demokrati- sche Partei bereits genötigt war, ihre Zeitung nach dem Auslande zu verlegen; ob nicht auch die Ge- werkschaftsbewegung diesem Beispiele folgen muß, wird sich bald herausstellen.

Wenn auch im Augenblick jede gewerkschaftliche Tätigkeit in Italien unmöglich ist, so hat doch die internationale Gewerkschaftsbewegung ein Inter- esse daran, den Gewerkschaften Italiens das Fort- bestehen zu ermöglichen, damit sie zur gegebenen Zeit ihre Arbeit wieder aufnehmen können. Der I. G. B., der in ununterbrochener Fühlung mit den italienischen Genossen geblieben ist, wird auch in dieser schwierigen Zeit alles tun, was in seinen Kräften steht, um den italienischen Gewerks- chaften zu helfen. Es ist bereits festzustellen, daß ihm hierbei auch die Unterstützung der gewerkschaftlichen Landeszentralen und der Internatio- nalen Berufssekretariate zuteil wird.

Arbeitskonflikte und verlorene Arbeitstage in Großbritannien.

Das britische Arbeitsministerium veröffent- licht eine Uebersicht der auf Grund von Arbeits- konflikten (Streiks und Aussperrungen) in den Jahren 1910—1925 verlorenen Arbeitstage. Re- corde entfallen auf die Jahre 1912 mit 10.890.000 und 1921 mit 85.872.000 verlorenen Arbeitstagen. Die Gesamtzahl für die Jahre 1920—1925 be- läuft sich auf 159.352.000, wovon 98.438.000 auf die Kohlenindustrie entfallen. Im Jahre 1920 entfielen von 26.5 Millionen verlorene Arbeitstage 17.5 Millionen auf den Bergbau. Die entspre- chenden Zahlen der nachfolgenden Jahre stellen sich wie folgt: 1921: 85.8 und 72.9; 1922 19.8 und 1.3; 1923: 10.6 und 1.2; 1924: 8.4 und 1.6; 1925: 7.9 und 3.7. In den Jahren 1922, 1923 und 1924 fanden andere Indusrien an der Spitze, d. h. die Metall-, Maschinen- und Schiffbauindu- strie sowie die Textilindustrie. Die Gesamtzahl der Arbeitskonflikte belief sich in den 6 Jahren 1920—1925 auf 4873, von denen 1157 für die Arbeiter erfolgreich, 1645 zu Ungunsten der Arbeiter und 2071 mit einem Kompromiß endigten. Die Gesamtzahl der während des Kohlen- streikes im Jahre 1925 verlorenen Arbeitstage (bis November) beträgt 140 Millionen.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Benützet an Stelle der unzähligen teuren Neujahrsgratulationskarten die in unserem Blatte erscheinende

Kollektiv-Gratulation

Der Einheitspreis für die Einschaltung beträgt K 10.—. Bestellungen werden bei allen Kolporteurs entgegengenommen. Bestellungen aus Orien ohne Kolporteur sind direkt an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“, Prag II., Keltanla 18, zu richten.

Genossen und Genossinnen! Versammelt nicht, auch bei dieser Gelegenheit durch Einschaltung von Neujahrswünschen eure beste Waffe, die Parteipresse, zu unterstützen und dadurch zu kräftigen. Bestellungen werden nur bis 10. Dezember 1926 entgegengenommen.

Die Verwaltung.

Zum neuen Wohnungs- und Baugesetz.

Eine Stimme aus bürgerlichen Kreisen.

Wir geben nachstehend der Ansicht eines bürgerlichen Bauachtmannes Raum, ohne uns mit seiner Auffassung voll zu identifizieren. Bemerkenswert ist die Einsicht des Verfassers, daß die in dem Regierungsvertrag vorgesehene Befreiung der Mieter einfach unextrahierbar ist. Soweit konkrete Vorschläge erfaßt werden, beziehen sie sich vor allem auf Prager Verhältnisse, doch es ist dazu bemerkt, daß wir darin keinen Weg zur allgemeinen Lösung des Wohnungsproblems erblicken. Die Redaktion.

Tas in Verhandlung stehende neue Wohnungs- und Baugesetz hat bei den Mietern und Hausbesitzern berechtigter Aufregung verursacht. Beide Organisationen bekämpfen das neue Gesetz. Die Hausbesitzer sind gegen den Mieterschutz, die Mieter fordern dessen Verlängerung. Aber der Kampf gegen das Gesetz ist die in Aussicht gestellte und in jeder Beziehung unerhörte Belastung der Mieter mit einer jährlichen Abgabe von 50 Prozent des Friedenszinses von 1914, die durch volle 7 Jahre eingehoben, 350 Prozent erreichen soll.

Was für nachteilige Folgen im wirtschaftlichen Leben diese sehr gewagte Anforderung nach sich ziehen muß, hat man an grünen Tische nicht erwoogen. Ist es denn unbekannt, daß mehr als die Hälfte der Mieter bei den jetzigen Lebensverhältnissen gar nicht in der Lage ist, eine so hohe Abgabe zu leisten, ohne dem Ruine zu verfallen? Hat denn der 4 Jahre dauernde Kriegszustand mit seinen Entbehrungen und dem Lebensmittelmangel, die fortwährende Teuerung, die Vermögensabgabe, die Kreditschwäche der Kriegsanleihe, die bisherigen Mietzinserhöhungen, die enormen Steuerlasten, die herrschende Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht schon genug Unglück angehäuft, Tausend und Aber-tausende um Existenz und Vermögen gebracht und diesen den Bettelstab in die Hand gedrückt? Soll durch die verlangte Abgabe von 350 Prozent noch mehr Unheil gestiftet werden, noch größere Teuerung auf allen Gebieten entstehen und noch schlechtere Zeiten kommen?

Bei jedwelliger Erhöhung des Mietzinses ist eine Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, da der Kaufmann und Gewerbetreibende jede Belastung wieder auf die Konsumenten überwälzt. Wie wird es denn im allgemeinen aussehen, wenn die verlangte 350prozentige Abgabe zum Gesetz wird? Werden nicht sofort die Arbeiter, die Angehörten und jeder, der einen Dienst verrichtet, Lohn- und Gehaltsaufbesserungen mit Recht verlangen?

Es ist doch bekannt, unter welchen wucherischen Bedingungen heute Wohnungen vermietet werden, ob solche in alten oder neuen Häusern zu beziehen sind. In alten Häusern freiwendende Wohnungen werden nur im geheimen, losgelassen unter der Hand, durch anonyme Inserate und Vermittler angeboten, und man kann eine solche nur dann erhalten, wenn man außer dem 3- bis 5fachen erhöhten Mietzins, noch die Umfragen entrichtet und eine Abfindung zahlt, die oft 10 bis 50 Tausend Kronen und mehr beträgt oder den Mietzins auf mehrere Jahre im voraus bezahlt, wobei der Mieter die gemietete Wohnung auch noch auf eigene Kosten herrichten lassen muß.

Wenn Parteien unter diesen Verhältnissen eine Wohnung beziehen haben, dann sind sie gezwungen, ihr schwerverdienendes Geld, den Spargroschen oder das Sparzettel zu opfern. Ist denn jeder in der Lage, sich auf diese Weise zu helfen? Konnte der Beamte ohne Standesunterschied, der Lehrer, der Arbeiter, der Pensionist, der kleine Rentner, der alt und arbeitslos ist, und alle die hier Genannten, die nur auf ihren Gehalt, Lohn, Pension, die geringen Kapitalzinsen angewiesen sind, sich erlauben, einen Wohnungswechsel bei diesen wucherischen Mietzinsforderungen vorzunehmen oder den oben verlangten 350prozentigen Baubeitrag zu leisten?

Die Mietzins in den alten Häusern auf die gleiche Höhe zu bringen, wie in den Neubauten, ist einfach Wahnsinn! Die alten Häuser haben mit den Neubauten gar nichts gemein. Die in den Friedensjahren gebauten Häuser sind mit einem geringen Bauaufwande hergestellt worden, der mit den jetzigen Neubauten nicht zu vergleichen ist. In den Friedensjahren baute man Häuser mit billigen

Arbeitskräften und Baumaterial für eine Bagatelle. Die jetzigen Neubauten werden bei der allgemeinen Teuerung und dem Bodenwucher 8- bis 10mal so teuer hergestellt. Sollen nun die leerstehenden Wohnungen in den vielen Neubauten bezogen werden, so müssen solche Preise gefordert werden, daß es möglich ist, diese auch zu mieten.

Wenn die Besitzer alter Häuser mit dem gegenwärtigen Ertrage unzufrieden sind, so ist diese Unzufriedenheit nicht am Plage. Die meisten Hausbesitzer haben, trotz den gesetzlich bestimmten Mietzins erhöhungen, die Mietzins nicht um 100, sondern um 200 bis 500 Prozent hinaufgetrieben. Will der Hausbesitzer aus dem Ertrage seines Hauses eine angemessene Rente beziehen, dann muß der Staat und die Gemeinde mit den alljährlichen Erhöhungen der Hauszinssteuer und Gemeindefinanzumlagen einhalten.

Dem Bauunternehmer muß wieder die Möglichkeit geboten werden, sein neugebautes Haus zu höheren — aber nicht überhöhten — Mietzinsen zu vermieten und so zu verkaufen, daß der neue Besitzer eine zunächst gleichbleibende Verzinsung seines Kapitals erhält. Und dies ist nur durch eine — selbst auf 50 Jahre hinaus — befristete Steuer- und Umlagenfreiheit möglich, um den Bauunternehmer zu neuen Bauten und den Kapitalisten zum Ankauf zu veranlassen. Wird nicht gebaut, hat weder der Staat noch die Gemeinde einen Nutzen, vielmehr wird durch die Stilllegung der Produktion und Arbeitslosigkeit nur Schaden angerichtet.

Die Beitragsleistung von 350 Prozent kann nur dann einen ersprießlichen Erfolg haben, wenn der abgeforderte Betrag Eigentum des Mieters bleibt und die Form einer vom Staate garantierten Baupfand annimmt. Jeder Mieter wird selbst unter den schwierigsten Verhältnissen das Opfer bringen, sieben Jahre hindurch 50 Prozent des Friedenszinses von 1914 herzugeben, wenn er weiß, daß dieser Betrag sein Eigentum bleibt und ihm für den geleisteten Baubeitrag eine 3prozentige Pauschalverzinsung ausbezahlt wird, die in absehbarer Zeit vom Staate durch Anweisung zur Einlösung gelangt. Aber ein Börsenpapier darf hieraus nicht gemacht werden, sondern ein sicheres, schwerverzinsliches Anlagepapier! Ein auf diese Weise einbezogener Baubeitrag und deren Amortisierung kann die Existenz des Beitragsleistenden weniger gefährden und für den Staat den besten Erfolg haben.

Der zu errichtende Baufonds darf aber durch Subventionen und Geschenke nicht verdrängert werden: Will man die Wohnungsnot beheben, so wäre die Zubehörendung nach der Großstadt teilweise einzuschränken, in der Hauptstadt folgendes zu erlauben: Groß-Prag hat z. B. mehr als 20.000 Häuser. Rechnet man 500 ab, die Neubauten, zur Demolierung bestimmte Objekte sind, einen Aufbau nicht vertrogen, bleiben 15.000 Häuser übrig, auf welche ein oder zwei Stockwerke aufgebaut werden können. Je nach der Größe der Baufläche könnten drei bis vier Wohnungen zu ein, zwei und drei Zimmern errichtet werden, so daß in absehbarer Zeit 30-40.000 Wohnungen zur Verfügung ständen. Dieser Vorgang ist auch in allen anderen Orten anzuwenden, wo Wohnungsnot herrscht, und Bodenwucher ausgeübt wird. Um die Neubauten zu verwickeln, müssen alle Hausbesitzer aufgefordert werden, sich zu äußern, ob sie mit eigenen Mitteln einen Aufbau vornehmen können. Wo die Frage verneint wird, tritt der Staat als Bauherr auf und führt den Aufbau mit den Mitteln des Baufonds durch. Nach Fertigstellung des Aufbaues wird dieser mit einer höheren, und wenn notwendig, mit einer zweiten kleineren Hypothek belastet, damit der Staat sein im Aufbau investiertes Kapital wieder zurückbekommt und weiteres Betriebskapital zur Verfügung hat. Auf diese Weise wird auch die Baupfand und deren Verzinsung getilgt werden können. Den Mietzins aus dem Aufbau hebt der Staat nach Abzug der Hypothekzinsen, Annuitäten, Wassergebühren, Beleuchtungskosten usw., so lange ein, bis der Rest in unbefristeten Baupfand getilgt ist. Dann erst wird dem Hausbesitzer der Aufbau mietpreislich in sein Eigentum zur weiteren Verwaltung übergeben. Während dieser Übergangszeit darf weder eine Hauszinssteuer, noch die Gemeindefinanzumlagen erhoben werden, wenn diese Aktion von Erfolg begleitet sein soll. Die Mietzins würden je nach der Größe der Wohnung wohl höher sein, aber weder Baubeitrag noch Abstandsgebühren dürfen gefordert werden und die Wohnungsnot wäre bald behoben! Die private Bauunternehmung würde das Weitere besorgen. In allem diesen gehört reiches Handeln, kaufmännisches Gebaren — aber nur kein Amtschimmel!

Gerichtssaal.

Die Rache des obdachlosen Kriegsinvaliden.

Wir haben unlängst von dem Falle einer Brandstiftung berichtet, welcher der 1888 geborene Russe Szymon Pezitz auf dem staatlichen Bauerngehöfte Jemtsch besüchtigt worden war. Der Dreiräderkutscher hatte sich für diese Sache als unzulänglich ausgesprochen und die Abgabe des Falles vor die Geschworenen entschieden. — Es gereicht unsers Berichtswesen wirklich zur Ehre, daß der Fall bereits gestern, also wenige Tage später, schon vor den Geschworenen zur Verhandlung kam, ein schöner Beweis, wie unsere Gerichte bestrbt sind, den „Amtsweg“ möglichst kurz zu gestalten. Wie aus den Zeugenberichten hervorging, war Pezitz ein unentgeltlicher Angestellter, ein Tierquäler, der wegen Unbrauchbarkeit entlassen wurde. Der Brand des Gehöftes (im Werte von 20.000 K) war nach Ansicht der Geschworenen, die die Schuldfrage mit zwölf Stimmen beschieden, nur durch einen Redeschiff des Angeklagten infoniert worden. Pezitz erhielt vier Jahre schweren Kerkers wegen Brandstiftung. Die Verhandlung leitete OBR. Boudek, als Staatsanwalt fungierte JUDr. Tioh.

Kleine Chronik.

Ein Diamantenfeld bei Rio de Janeiro entdeckt. In der nächsten Umgebung von Rio de Janeiro soll ein überaus reiches Diamantenfeld entdeckt worden sein. Seine Größe wird auf 20 Millionen Quadratkilometer, sein Wert auf 5 Milliarden Dollars berechnet.

Vollgericht über einen Räuberhauptmann. Der Schrecken der Schwarzen Berge, der berühmte montenegrinische Räuberhauptmann Milivoj Kalozit, auf dessen Kopf die jugoslawische Regierung einen Preis von 100.000 Dinaren ausgesetzt hat, wurde seit Monaten von der Gendarmerie verfolgt. Bei mehreren Gefechten, die er der Polizei lieferte, hatte er allmählich alle Genossen verloren. Als er schließlich ganz allein war, suchte er Zuflucht in seinem heimatlichen Dorf. Er ließ sich in seinen Erwartungen auch nicht enttäuscht: seine Landsleute nahmen den Verfolgten auf und hielten ihn vor den Nachforschungen der Polizei in sicherem Versteck. Als sie aber dahinter kamen, daß der Bandit auch den Doktor Martinovic, der als Wohltäter von der ganzen Gegend verehrt worden war, getötet hatte, beschloßen sie, ihrem Schützling den Prozeß zu machen. Die Kerkzellen des Dorfes waren zum Gericht zusammen und verurteilten den Banditen einstimmig zum Tode. Der Spruch wurde sofort durch Erschießen vollstreckt.

Typhus in Potsdam. In den letzten Tagen haben sich in Potsdam rund 20 Typhusfälle ereignet. Die Erkrankungen sind sämtlich auf den Genuß roher Milch zurückzuführen. Die Kranken sind alle Kunden der größten Meierei Potsdam, die ihre Milch aus einem kleinen Ort in der Umgebung bezog. In einem Gehöft dieses Ortes wurde der Herd der Krankheit entdeckt.

Familientragödie. Die Berliner Blätter aus Paris melden, daß dort ein Amerikaner in einem Badeunfall seine gelähmte Frau, die Erzieherin der Kinder und dann sich selbst erschossen.

Kunst und Wissen.

Konzert des deutschen Theaterorchesters.

In eigener Sache, und zwar zugunsten der Rittersversicherung seiner Mitglieder, hat das deutsche Theaterorchester am vergangenen Dienstag im großen Saal der Lucerna ein großes Symphoniekonzert veranstaltet. Dieses Konzert hätte schon seines prächtigen Programmes wegen verdient, als musikalische Sensation im Prager Konzertleben zu wirken und das Publikum im höchsten Maße zu interessieren. Wenn dies leider nicht der Fall war, beweist es die künstlerische Unterte und Indolenz der vielgerühmten kaufmännischen Prager Deutschen wahrer Kunst gegenüber. Bruckners neunte Symphonie stand als Hauptwerk auf der Programmordnung des Konzertes, jenes selten gehörte gigantische letzte Instrumentalwerk des großen österreichischen Liederdichters, dessen Vollendung dem Meister nicht mehr gelang und als dessen Schlußstück er selbst im „Le deum“ bestimmte. In den Jahren 1891 bis 1894 entstanden, gelangte die Symphonie erst sieben Jahre nach Bruckners Tod im Jahre 1903 unter Ferdinand Löwe in Wien zur Uraufführung. Es war keine übliche Idee, diesmal als Schlußstück der Symphonie den 150. Psalm aufzuführen; denn auch dieser Psalm ist ähnlich dem „Le deum“ ein Hymnus zum Lobe Gottes und gehört, da er im Jahre 1892 anlässlich der Wiener Musik- und Theaterausstellung geschaffen wurde, in die Schöpfungsperiode der „Reinert“ Hermann Schmeidel, der Oberfeldler Musikdirektor und gegenwärtige Chorleiter des Prager deutschen Singschloßes, dem die musikalische Leitung des Konzertes anvertraut worden war, hat mit der außerordentlich eindrucksvollen Wiedergabe der Symphonie neuerdings bewiesen, daß er ein geradezu prädestinierter Bruckner-Dirigent ist, der mit wirklicher fanatischer Liebe Bruckner und seinem Werke dient und die großartige Architektur und komplizierte Thematik dieses Symphonikers mitunterhört. Doch diese Sorgfalt monoton auf Kosten der Sirenenwirkung geht, ist nicht zu verneinen; so hätten wir die erregende, lebende Streicherhalle im Durchführungstakte des ersten Satzes noch drängerer gewünscht, als sie Schmeidel spielen ließ. Auch das Grundzeitmaß des Singschloßes der Symphonie schien uns bei aller rhythmischen Straffheit doch etwas zu sehr gezipfelt. Schmeidel, das namentlich in den Bläsergruppen ausgesprochen und aufopfernd spielende Orchester und der im Schlußpaß begeisterte singende deutsche Singschloß wurden mit Recht stürmisch gefeiert. Eingeleitet wurde das Konzert mit der Ouvertüre „Zum Namenstage“ von Ludwig van Beethoven. Solistin des Abends war die Geigerin Alma Maria Rolé, eine Tochter des Veimarius des berühmten Rolé-Streichquartetts, die Tschaikowskij's blühend schönes Violinkonzert spielte; technisch ist das Spiel der jungen Künstlerin noch nicht ausgeglichen genug und auch rhythmisch-musikalisch wird sie sich noch sehr vervollkommen müssen, um im Wettbewerb mit andern großen Geigerinnen bestehen zu können, namentlich mit solchen, die weit mehr Temperament und Eigenart besitzen. Eine keine Bemerkung über das dem Publikum ausgefolgte gedruckte Sontagsprogramm des Konzertes können wir nicht unterdrücken: Eine kurze Einführung über Bruckners „Neunte“ hätte mehr Sinn und Nutzen fürs Publikum gehabt als die überflüssigen pompösen Angaben der verschiedenen Protektoren und Patronessen des Konzertes!

Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst. Zweiter öffentlicher Schülerabend der Deut-

chen Musikakademie Montag, den 13. ds., um halb 8 Uhr abends, im Mozartsaal.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 7 1/2 Uhr: „Verkaufte Braut“ (30-2). — Samstag, 7 Uhr: „Ich und Du“ (31-3). — Sonntag, 11 Uhr: Singschloß; 2 1/2 Uhr, Arbeitervorstellung: „Konjert“; 7 Uhr: „Die Nacht des Schicksals“

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: „Reiner Tisch“. — Samstag: „Kopf oder Schrift“. — Sonntag, 8 Uhr: „Meine entzückende Frau“; 7 1/2 Uhr: „Zerbrochene Leiter“. — Montag: „Reiner Tisch“.

Turnen und Sport.

Zweite tschechoslowakische Arbeiterolympiade, Prag 1927.

Das Olympiade-Fest weckt in letzter Zeit in der tschechoslowakischen Arbeiterwelt sowie im Ausland immer lebhafteres Interesse. Aufser dem Verband der D. T. J., welcher die Olympiade veranstaltet, wird an dieser großen Turn- und Sportmanifestation aus der Tschechoslowakei der deutsche Arbeiter-Turn- und Sportverband (Sitz Koffitz) mit 3000 bis 4000 Angehörigen teilnehmen. Dieser entsendet 50 Sportler zu ersten Wintersportkämpfen des D. T. J.-Verbandes, die für den 5. und 6. Feber 1927 im Rahmen der Olympiade festgesetzt wurden. Weiters bereiten sich für Prag vor der tschechische Arbeiterturnerinnenverband, die deutschen „Naturfreunde“, der tschechische und der deutsche Arbeiter-Radfahrerbund, ebenso die polnische Turn- u. Bildungsvereinigung „Silo“ („Kraft“). Der deutsche Arbeiter-Radfahrerbund plant bei dieser Gelegenheit eine Sternfahrt aus allen Teilen der Republik nach Prag. In Oesterreich beschloß der Arbeiterbund für Sport- und Körperkultur eine zahlreiche Teilnahme an der Olympiade. Soweit Nachrichten aus den tschechischen Arbeiterturnvereinen in Oesterreich, Deutschland, Frankreich und Nord-Amerika vorliegen, werden auch dort Expeditionen nach Prag vorbereitet. Aus Amerika sollen zwei große Expeditionen kommen. Auch die Arbeiterturnverbände in der Schweiz und in Jugoslawien berichten, daß sie bestimmt in Prag stark vertreten sein werden. In den jugoslawischen Turnvereinen werden schon die vorgeschriebenen gemeinsamen Festübungen geturnt. J. C.

Skizzen.

Der vom Arbeiter-Turn- und Sportverband in Böhmisches-Wiesenthal veranstaltete Ski-Kurs beginnt am Samstag, den 11. Dezember, in Wiesenthal.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Uzerch.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Rieker.
Druck: Deutsche Zeitungs-K.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Holik.

KINO-PROGRAMM

Vom 10. Dezember bis 16. Dezember 1926

Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 3425
„An der schönen blauen Donau“ mit Harry Lindiko und Lya Mara

LIDO 110
Der Sohn des Sheiks
Drama in 7 Akten
In den Hauptrollen: E. Wolf, Valentina, Vilma Banky.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Netozanta.

Gastwirtschaft „Lidovy dum“
der Genossenschaft „Ganyemak“
Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 1.
Konzert

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlend sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Broschüren wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungen, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Paketen, Flug-schriften, Faltblättern, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
Tischlergasse Nr. 6.